

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Kurt Möller

Zusammenhänge der Modernisierung
des Rechtsextremismus mit der
Modernisierung der Gesellschaft

Manfred Pabst/Klaus-Dieter Schuster

Jugend – Gewalt – Extremismus in Sachsen-Anhalt
Ergebnisse eines Forschungs- und Bildungsprojektes

Reinhard Koch

Deeskalation von Jugendgewalt
Praktische Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt

Ulrich Piaszczyński

Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten
Jugendlichen in Baden-Württemberg
Ein sozialpädagogischer Ansatz zur Konfliktbearbeitung

B 46–47/93

12. November 1993

Kurt Möller, Dr. phil., geb. 1954; Professor für Sozialpädagogik an der Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen; Leitung von Forschungsprojekten zu rechtsextremen Anfälligkeiten von Mädchen und jüngeren Jugendlichen.

Veröffentlichungen: (Hrsg. zus. mit Wilhelm Heitmeyer/Heinz Sünker) Jugend – Staat – Gewalt, Weinheim – München 1992²; (zus. mit W. Heitmeyer u. a.) Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie, Weinheim – München 1992; (zus. mit Franz-Josef Krafeld und Andrea Müller) Jugendarbeit in rechten Szenen, Bremen 1993; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenartikel zu den Themenbereichen Rechtsextremismus und Gewalt.

Manfred Pabst, Dipl.-Ing., Dr. phil., geb. 1950; bis 1991 wiss. Assistent an der TU Magdeburg, z. Z. freier Mitarbeiter am Institut für sozialwissenschaftliche Informationen und Studien in Magdeburg.

Veröffentlichungen u. a.: Autorenkollektiv (Ltg. Norbert Madloch), Linksradikalismus, Berlin (DDR) 1989.

Klaus-Dieter Schuster, Dr. sc. phil., geb. 1948; Studium der Philosophie in Leipzig, z. Z. freier Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialökonomische und politische Entwicklungstendenzen kleinbürgerlicher Schichten in kapitalistischen Industrieländern, Berlin (DDR) 1988; Autorenkollektiv (Ltg. Norbert Madloch), Linksradikalismus, Berlin (DDR) 1989.

Reinhard Koch, Dr. phil., geb. 1944; von 1984 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für Jugendfragen Hannover; seit 1992 Mitarbeiter am Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Barbara Hille/Walter Jaide) DDR-Jugend. Politisches Bewußtsein und Lebensalltag, Opladen 1990.

Ulrich Piaszczyński; Dipl.-Päd., geb. 1961; bis 1991 Projektmitarbeiter im Projekt Mobile Jugendarbeit Parksiedlung, Ostfildern; seit 1992 Projektberater beim Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Grundsatz- und Forschungsabteilung, in Stuttgart; seit 1992 Projektberater in Sachsen innerhalb des Aktionsprogrammes des Bundesministeriums für Frauen und Jugend gegen Aggression und Gewalt.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. Walther Specht) Sozialraum Hoyerswerda. Sozialpädagogische Feldanalyse zur Vorbereitung eines gemeinwesenorientierten Jugendarbeits- und Jugendberatungsprojektes, Stuttgart 1992; (zus. mit Heike Füssenhäuser) Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen, in: Diakonie, Zeitschrift des Diakonischen Werkes der EKD, (1992) 2; (zus. mit Forschungsgruppe) Situationsanalyse des Görlitzer Stadtteils Königshufen (Hrsg. Diakonisches Werk der EKD), Stuttgart 1992.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwé, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Zusammenhänge der Modernisierung des Rechtsextremismus mit der Modernisierung der Gesellschaft

I. Rechtsextremismus – definitivische Grenzziehungen

„Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!“ – ein Stakkato-Ruf, den wir in der letzten Zeit allzuoft hören mußten. Ist rechtsextrem, wer diesem Slogan zustimmt? Wohl kaum. Zumindest: Nicht unbedingt.

Diese Einschätzung ergibt sich aus der in Fachkreisen weithin geteilten Rechtsextremismus-Definition Wilhelm Heitmeyers¹. In formelhafter Verkürzung heißt sie: RE = IdU + GA; oder weniger algebraisch verklausuliert: Rechtsextremismus (RE) besteht im Zusammenfließen von Ideologien der Ungleichheit (IdU) und Gewaltakzeptanz (GA). Eine politische Position oder Äußerung ist danach als rechtsextrem zu bezeichnen, wenn zur Befürwortung von Ungleichheitsideologien Gewaltförmigkeit hinzutritt. In Fortführung dieser Begriffsbestimmung erscheinen heute jedoch drei Ergänzungen hinzuzufügen:

Erstens sind Ideologien der Ungleichheit in zwei Dimensionen binnendifferenzierbar: Zum einen enthalten sie die schon der älteren Definition anhaftende Dimension der vertikalen Ungleichwertigkeit; zum anderen die der Forderung nach faktischer Ungleichbehandlung. Mit anderen Worten: Bestandteile rechtsextremer Orientierungen sind nicht nur Behauptungen eigener – beispielsweise kultureller, nationaler oder „rassischer“ – Überlegenheit und vice versa fremder Minderwertigkeit, sondern nicht minder auch Forderungen nach und bewußte Akzeptanz von sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher und politischer Ungleichbehandlung bestimmter Menschen oder Menschengruppen.

Zweitens lassen sich verschiedene Varianten der Gewaltakzeptanz unterscheiden, und zwar vier eskalierende:

1 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim-München 1987.

- die Überzeugung der unabänderlichen Existenz und die daraus gefolgerte Tolerierung von Gewalt als „normalem“ Konfliktlösungsmittel,
- die Billigung fremdausgeübter Gewalt – sei sie von Privatpersonen ausgeführt oder obrigkeitsstaatlich-repressiv,
- eigene Gewaltbereitschaft und die
- tatsächliche Gewalttätigkeit.

Eingängiger und vergrößernd formuliert bedeutet dies: Gewaltakzeptanz fängt längst *vor* dem Zündeln, Zuschlagen oder Zustechen an².

Drittens sind neben den mehr kognitiv strukturierten Überzeugungssystemen und Argumentationsnetzen von Ideologien mit ihrer aktiven Abwertungs- und Ausgrenzungspropaganda psychische, oft milieuinduzierte Dispositionen im Sinne von Mentalitäten anzunehmen. In ihnen sind die nichtsystematisierbaren bzw. nichtsystematisierten Stimmungen, Gefühle und Gedanken gebündelt, die die Gesellschaft aufweist³. Von besonderer Beständigkeit und geringer Flexibilität beinhalten sie zahlreiche Distanzierungshaltungen gegenüber dem Ungewohnten und Fremden, die gleichsam im Um- und Vorfeld der Übernahme von Ideologien liegen.

II. Rechtsextreme Orientierungen – neuartige Konturen

Wenn nun von Modernisierung des Rechtsextremismus die Rede ist, so sind damit vorrangig Schwerpunktverlagerungen bei seinen drei Kernelementen, also bei Ungleichheitsideologien, Gewaltakzeptanz und Mentalitäten, gemeint. Zu den auffälligsten und wohl auch wichtigsten diesbezüglichen Veränderungstendenzen gegenüber der Hochkonjunktur des Rechtsextremismus in

2 Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Heike Buhse/Joachim Liebefreund/Kurt Möller/Helmut Ritz/Gertrud Siller/Johannes Vossen, *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim-München 1992.

3 Vgl. Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932, S. 77 ff.

den dreißiger und frühen vierziger, aber auch seinen Revitalisierungen in den fünfziger und Ende der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland zählen die Verschiebungen, die im folgenden diskutiert werden. Illustriert werden sie jeweils mit einem Zitat von Jugendlichen, mit denen wir in unseren Forschungszusammenhängen ins Gespräch kamen⁴.

1. Zu den Ideologien der Ungleichheit

„Ich hab nix gegen Ausländer persönlich. Das sind genauso Menschen wie wir. Aber die sind einfach zu viele. Und deshalb müssen die raus aus Deutschland; ist ja schließlich unser Land hier, oder?“ – so ein siebzehnjähriger Lehrling aus einer Großstadt Westdeutschlands im September 1987. Das Zitat gibt – nach letzten Umfragen zu schließen – die Meinung einer großen Mehrheit der bundesdeutschen Wahlbevölkerung wieder.

Es macht deutlich: Der neue Rechtsextremismus hat es nicht mehr in jedem Fall nötig, rassistisch zu argumentieren. Die biologistische Abwertung der anderen ist für ihn keine unbedingte Konstitutionsbedingung mehr. Es reicht eine nationalistische Argumentation, um Ausgrenzung zu begründen. Nicht mehr: „Du Untermensch von minderwertiger Rasse“, sondern: „Pech gehabt, hast halt den falschen Paß“ lautet die Parole.

Ungleichheitsideologien verschieben sich im intergenerationellen Vergleich massenhaft von Ungleichwertigkeitspositionen zu nationalistisch begründeten Ungleichbehandlungspositionen. Diese Bewegungsrichtung steht im Einklang mit ethnopluralistischen Auffassungen der Neuen Rechten. Sie setzen auf das „Recht auf kulturelle Differenz“ gleichermaßen wie auf das Recht auf nationale Heimat und auf völkische Homogenität. Viel bedenklicher aber ist ihre Übereinstimmung mit nationalstaatlich argumentierender offizieller Ausländer- und (Anti-)Migrationspolitik. Dies ist der wahre Grund dafür, daß historische Anleihen in der Szene trotz unübersehbar steigender Militanz insgesamt noch meist auf symbolischer Ebene verbleiben.

„Die Ausländer und die Asis, die müssen wir jagen“ – so ein 14jähriger Skin, Hauptschüler aus einer mittelgroßen Stadt Süddeutschlands. Der alte

Rechtsextremismus des Nationalsozialismus machte für sich eine Reihe von wohlfahrtsstaatlichen Komponenten geltend. Sie sollten Gleichheit und Gleichbehandlung der „arischdeutschen Volksgenossen“ suggerieren. Der neue Rechtsextremismus der achtziger und neunziger Jahre dagegen polemisiert gegen eine angebliche Ausuferung wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen. Als Rechtspopulismus wirbt er für einen „sozialen Patriotismus“ (Franz Schönhuber), in dem das Soziale hinter dem Patriotischen verschwindet. „Deutschland darf nicht zum Sozialamt des gesamten Mittelmeerraums werden!“ – dieser REP-Slogan stellt dabei nur die Spitze eines Eisbergs an gesellschaftlich weithin geteilten Ausgrenzungshaltungen dar.

2. Zur Gewaltakzeptanz

Der Kern des klassischen Verständnisses der Funktion von Gewalt bei der Übernahme der Macht im Staate durch die extreme Rechte löst sich allmählich auf. An einen militärisch straff organisierten Umsturz durch eine rechte Bürgerkriegsarmee glaubt außerhalb zahlenmäßig kleiner neonazistischer und neofaschistischer Grüppchen kaum noch jemand.

Zerfallstendenzen gehen in zwei Hauptrichtungen. Die erste wird durch das folgende Zitat illustriert:

„Wenn die anderen umgehauen sind, dann trittst du noch'n paarmal auf'n Kopp, solange bis die Bullen kommen.“⁵

In den Auffälligkeitsbereichen rechter Gewalt (im übrigen: nicht nur dort) macht sich eine Entregelung des Gewalthandelns breit: Es bedarf immer weniger ritueller Anlässe, um gewalttätig zu werden; Fairneß-Regeln im Kampf werden zunehmend obsolet; Brutalitäten von Brandanschlägen bis hin zum Mord sind im Anstieg begriffen, weil die Tötungshemmung vielfach entfällt; Affektkontrolle und Selbstdisziplin lassen nach; psychologische Reaktanz steigt an; gewaltkanalisierende Hierarchisierungen werden in Frage gestellt; Formen symbolischer Unterwerfung zählen immer weniger. Folge ist, daß eruptive Aggression immer mehr einem organisiert geplanten Vorgehen entgleitet und rechtes Gewalthandeln sich nicht mehr ohne weiteres dem politischen Kalkül selbsternannter Führer unterwirft.

Doch eine zweite Entwicklungsrichtung ist quantitativ und qualitativ besorgniserregender als die im Lichtkegel öffentlicher Aufmerksamkeit verfolgte Gewaltexzesse:

⁴ Neben dem inzwischen abgeschlossenen Bielefelder Projekt (vgl. Anm. 2) sind dies gegenwärtig zwei qualitative empirische Studien, die an der Fachhochschule Esslingen durchgeführt werden und sich beide mit bisherigen Dunkelstellen der Rechtsextremismus-Analyse beschäftigen: das Querschnittprojekt „Ungleichheitsideologien und Gewaltakzeptanz bei Mädchen“ sowie die Drei-Jahres-Längsschnittforschung „Rechtsextreme Orientierungen bei 13–15jährigen Jungen und Mädchen“.

⁵ Zit. n. Wilfried Breyvogel, Die neue Gewalt gegen Fremde, in: Gemeinsam, Ausländer und Deutsche in Schule, Nachbarschaft und Arbeitswelt, 7 (1992) 24, S. 70.

„Oft genug ham se mich gekriegt beim Aufmischen von Ausländern und so. Knast? Ich bin doch nicht doof. Da wähl ich lieber heute Republikaner. Auch wenn die natürlich schlapp sind.“

Die hier zitierte Auffassung macht die Verlagerung von eigener, politisch motivierter Gewalttätigkeit – übrigens auch biographisch mit steigendem Alter⁶ – zur Billigung bzw. Tolerierung fremdausgeübter Gewalt, insbesondere dabei auch systemisch-struktureller Gewalt, deutlich. In diesem Bereich scheinen auch größtenteils die spezifisch weiblichen Anfälligkeiten zu liegen⁷. Nach den Studien der Gewaltkommission der Bundesregierung weist zirka ein Drittel der wahlberechtigten bundesdeutschen Bevölkerung ein „Repressions-Syndrom“ auf: Man plädiert für eine autoritärere Staatsgewalt, die rabiater durchgreifen soll, und ist dabei auch bereit, Gesetzesverletzungen durch die Polizei in Kauf zu nehmen⁸. An dieser Stelle erweist sich die eigentliche Brisanz modernisierter Rechtsaußenpositionen, nämlich ihre Normalisierung, ihr Ausbruch aus dem rechtsextremen Ghetto am Rande der politischen Landschaft, ihr Driften in die Mitte des politischen Akzeptanzbereiches.

3. Zur Mentalitätsebene

Bei oberflächlicher Betrachtung will es zunächst so scheinen, als habe sich über die Jahrzehnte hinweg an dumpfen Haltungen der Fremdheits- und Fremdenabwehr nichts verändert, ja als müßten wir die – für manche überraschende – Auferstehung längst totgeglaubter ethnischer Stereotypisierungen und Feindbilder registrieren. Indes: Wie an vielen Stellen der Rechtsextremismus-Analyse, so verstellt auch hier die eilfertige Vergewisserung historischer Kontinuitäten den Blick auf aktuelle Wandlungstendenzen. Veränderungen erscheinen auf dieser Ebene in mindestens dreierlei Hinsicht von erheblicher Bedeutsamkeit:

Erstens beobachten wir eine Verschiebung von einer ehemals vorhandenen Eroberungs-Mentalität zur Verteidigungs-Mentalität. In den Worten (nicht nur) Jugendlicher klingt dies so:

6 Vgl. W. Heitmeyer u. a. (Anm. 2).

7 Vgl. Kurt Möller, Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenforschung, 9 (1991) 3, S. 27–49; zur Jungen- und Männerdominanz im Rechtsextremismus vgl. ders., Rechte Jungs. Ungleichheitsideologien, Gewaltakzeptanz und männliche Sozialisation, in: Neue Praxis, 23 (1993) 4, S. 314–328.

8 Vgl. Hans-Dieter Schwind/Jürgen Baumann u. a. (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Bd. IV: Politische Gewalt und Repression (von Max Kaase/Friedhelm Neidhardt), Berlin 1990.

„Wir müssen unser Land einfach vor Überfremdung schützen. Ich will mich doch schließlich auch nicht in der Türkei breit machen.“

Der alte Rechtsextremismus war offensiv-imperialistisch bzw. revanchistisch. Der neue ist es sicherlich, teils unausgesprochen, auch noch, sieht sich aber – je stärker er sich außerhalb einschlägiger Organisationen ausbreitet – eher in der Defensivhaltung. Nicht Eroberung der Fremde, sondern Fremdenabwehr treibt ihn an. Dies hat entscheidende Folgen für seine (politisch-)moralische Legitimierung. Sie spitzt sich zu auf die Haltung:

„Wir verteidigen uns ja nur. Und wehren darf man sich doch schließlich.“

Zweitens wird völkischer Gefühlsbrei im Sinne identitätsstiftender Deuschtümelei zunehmend ersetzt – gerade in der jüngeren Generation – durch das Beharren auf schlichten territorialen Vorrechten. Besonders deutlich wird dies in der Reaktion auf AussiedlerInnen. Obwohl ihnen durch das bestehende Recht und durch die Praxis offizieller Politik auf Grund eines *ius sanguinis*, also aus Abstammungsgründen, deutsche Volkszugehörigkeit attestiert wird, gibt es erhebliche Distanz zu ihnen in der bundesdeutschen Bevölkerung. Sie geht nicht selten so weit, daß deutsche Jugendliche zusammen mit „inländischen Ausländern“ gegen sie mobil machen.

„Also der Mehmet, der lebt schon sechzehn Jahre hier. Der ist hier geboren, mit mir zur Schule gegangen und alles. Aber jetzt kommen die ganzen Rußkis und Polacken und sagen, sie wären Deutsche, bloß weil ihr Opa mal 'nen deutschen Schäferhund hatte.“

Stärker als Völkisches tritt in solcher Abwehr das Grundmuster der Einstellung von Seßhaften gegenüber Wanderern auf den Plan, insbesondere gegenüber Wanderern, die – wie Georg Simmel gesagt hat – heute kommen und morgen bleiben⁹. Dieses Grundmuster ist im wesentlichen gerichtet auf Sicherung des eigenen Territoriums, Wahrung des Besitzstandes und Erhalt des bestehenden Werte- und Normensystems.

Völkische Mentalität aber kann eben diese Konservierung des sozialen Status quo dann nicht mehr bewirken, wenn Teile des Volkes erst später „von draußen“ dazukommen und in Ressourcen- und Normkonkurrenz treten. Völkische Stimmungen und Gestimmtheiten werden somit zuneh-

9 Vgl. Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1908, 1983⁶.

mend verdrängt durch die Mentalität des territorialen Erstgeburtsrechts.

Drittens haben sich – im Unterschied zur älteren Generation – die Jüngeren offenbar vom Syndrom des „autoritären Charakters“ weitgehend befreit. Dies gilt zumindest für den Westen der Republik¹⁰. Sie sind nicht mehr so gefügig, eher kritisch gegenüber den Hierarchieoberen und gegenüber überlieferten Einstellungen¹¹. Anweisungen folgen sie nicht mehr zwanghaft rigide. Dafür zeigen sie mehr Dominanzverhalten als die Älteren, sind egozentrischer und weisen individueller Durchsetzungsfähigkeit einen höheren Stellenwert zu.

„Von wegen: Du bist nichts, dein Volk ist alles. Erstmal komm' ich und dann erst lange nichts und dann wieder ich!“

Mentalitätsverschiebungen gehen von „autoritärer Unterwürfigkeit“ hin zu Selbstdurchsetzung „um jeden Preis“. Daher rührt wohl ein gut Teil der Rekrutierungsprobleme rechtsextremistischer Organisationen in der einschlägig orientierten Szene.

III. Rechtsextremismus als Folgeproblem gesellschaftlicher Modernisierungen

Es stellt sich nun die Frage, ob und wie die erwähnten Modernisierungen mit allgemeinen Modernisierungsphänomenen unserer Gesellschaft zusammenhängen. Die diesbezügliche Leitthese lautet:

Rechtsextremistische Positionen der genannten Kontur sind als Folgekosten gesellschaftlicher Modernisierung zu begreifen; genauer: als die ihrer Schattenseiten. Sie laufen nicht gegen die gesamtgesellschaftliche Entwicklung – wie oft glauben gemacht wird –, sondern sind in ihr verhaftet. In provokativer Zuspitzung: Rechtsextremistische Haltungen bergen in gewisser Hinsicht Richtungsweisungen der gesellschaftlichen Avantgarde.

Es dürfte weithin unstrittig sein, daß wir in einer Langfristphase gesellschaftlicher Entwicklung leben, die spätestens mit dem Beginn der Indu-

10 Zum innerdeutschen Ost/West-Vergleich rechtsextremer Anfälligkeit vgl. Kurt Möller, Gewaltpotentiale im Westen und im Osten – Problemskizzen aus der Sicht sozialer Arbeit, in: Karin Böllert/Hans-Uwe Otto (Hrsg.), Soziale Arbeit in einer neuen Republik. Anpassung oder Fortschritt, Bielefeld 1993.

11 Vgl. Eckart Brähler/Hans-Joachim Wirth, Abwendung von sozialen Orientierungen: Auf dem Weg in einen modernisierten Sozialdarwinismus? in: Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim – München 1991.

strialisierung einsetzt und die sich als „Modernisierung“ beschreiben läßt. Sie erstreckt sich auf die sozialstrukturellen Lebensumstände ebenso wie auf die Welt der Ideen.

Modernisierung setzt sich auf verschiedenen Ebenen durch – politisch, ökonomisch, sozial, kulturell und rechtlich – und setzt auf diesen bestimmte Trends. Vier dieser Trends sind für den hier behandelten Ausschnitt des Gesamtkomplexes „Rechtsextremismus“ von besonderer Relevanz: Individualisierung, Rationalisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung. Wie hängen diese Modernisierungstendenzen mit den Modernisierungsphänomenen des Rechtsextremismus zusammen?

1. Individualisierung:

Mit Ulrich Beck¹² läßt sich unter Individualisierung ein dreidimensionaler Prozeß verstehen:

- die sukzessive Erosion ehemals relativ fester und von Generation zu Generation tradiert Lebensgemeinschaften (mit Beck formuliert: die „*Freisetzungsdimension*“);
- die Enttraditionalisierung von handlungsleitenden Beständen an kulturellen Normen, Wissensmomenten und Glaubenssätzen (die „*Entzauberungsdimension*“) und
- die Aneignung neuartiger sozialer Einbindungsformen in Reaktion auf diese beiden Auflösungsstendenzen (die „*Reintegrationsdimension*“).

Forschungsergebnisse ergeben nun, daß gerade solche Jugendlichen für rechtsextremes Gedankengut anfällig werden, die hochgradig den Zentrifugalkräften von Individualisierungserfahrungen im Sinne der Freisetzungsdimension ausgesetzt sind¹³. Sie kulminieren in Erfahrungen von Gemeinschaftsverlust, von Verlässlichkeitseinbußen, von Gleichgültigkeit ihrer nahen Umwelt ihnen gegenüber und von Allein-auf-sich-gestellt-Sein. Sie wissen nicht oder kaum mehr, zu welchen sozialen Gruppierungen sie sich rechnen, bei wem sie sich aufgehoben, ja geborgen fühlen können und wo sie sich räumlich zu Hause fühlen sollen. Für sie liegt dann nahe, solche Verluste an quasi „naturwüchsiger“ sozialer Einbindung durch die Hinwendung zu anderen Gemeinschaftsangeboten zu kompensieren. Da kommen dann jene gerade recht, die Zugehörigkeit auf der Basis quasi-natürlicher Merkmale zu verteilen versprechen: über Kriterien wie Hautfarbe, Rasse, Nation und ähnliche mehr. Ihre subjektive Funktionalität liegt vor allem in

12 Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

13 Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 1) und ders. u. a. (Anm. 2).

ihrer simplen Handhabbarkeit begründet. Sie sind sinnlich wahrnehmbar, zeitlich konstant, überall dokumentierbar, leistungsunabhängig, unabhängig auch von ökonomischer Potenz, in weiten Teilen der Gesellschaft sozial akzeptabel, biologistisch verankert und auf Grund all dessen einer Gegenargumentation praktisch unzugänglich.

Dabei – und das ist wichtig zu betonen – verfangen solche Reintegrationsofferten der politischen Rechten beileibe nicht nur bei den sozial ausgegrenzten Modernisierungsoptionen, sondern auch bei den augenscheinlichen Modernisierungsgewinnern. Denn ein differenzierterer Blick legt nicht selten die soziale Desintegration der formal in Familie, Schule, Beruf und ähnliche Normalitätsstrukturen Integrierten frei. Beispielsweise zeigt sich die Familie nach außen hin als normal intakt, genauer betrachtet aber ist sie „normal kaputt“. Hinzu kommt: Gerade in dieser Gruppierung der vergleichsweise auch höher gebildeten (Jüngeren) findet sich die *Pressure-group* für das Lebenskonzept der individualistischen Selbstdurchsetzung¹⁴. Seine Träger sind kaum autoritär, dafür aber bereit, im Kampf um ein größeres Stück vom sozialen Kuchen bzw. im Interesse des Erhalts ihres schon ergatteten Stückchens rücksichtslos die Ellenbogen einzusetzen. Dabei zeigt sich unter geschlechtsspezifischer Perspektive: Die Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts sind in diesem Bereich dabei, ihren Rückstand kräftig aufzuholen und haben zum Teil gar mit den Männern gleichgezogen¹⁵.

Sowohl die Modernisierungen der Gesellschaft als auch die des Rechtsextremismus entfesseln den Kampf um die Einlösung von Partikularinteressen und lassen ihn legitim erscheinen. Die beiden dahinterliegenden Denkart spiegelten sich ineinander. Solange individualistische Interessenverfolgung mit nationaler übereinstimmt oder von ihr kaschiert oder gar legitimiert werden kann, geht sie eine gefährliche Allianz mit ihr ein.

Die Entzauberungs- bzw. Enttraditionalisierungsdimension von Individualisierung zielt – wie erwähnt – auf die Destruktion überkommener normativer Grundsätze. Es liegt nahe anzunehmen, daß die Zerstörung der althergebrachten Gewaltmoral damit in Verbindung gebracht werden kann. Denn offensichtlich ist doch, daß die frühere weitgehende Selbstregulation von Gewalt – z. B. bei Wirtshauskeilereien und Schützenfestschläge-

reien – deshalb nicht mehr funktioniert, weil ein für alle Beteiligten verbindlicher Ehren- und Verhaltenskodex sich absehbar verflüchtigt. Damit aber zerfällt die Rückbindung der individuell ausgeübten Gewalt ins Kollektiv der Gewalttäter und ihrer gemeinsamen Normausprägungen. Die sozial entpflichtete Gewaltanwendung wird damit zum Mal eines „expressiven Individualismus“¹⁶.

2. Rationalisierung

Der Rationalisierungsbegriff steht für eine Verschiebung der Handlungsgrundlagen des Subjekts weg von wertrationalen Entscheidungsstrukturen hin zu zweckrationalen. Gesinnungsethik und Wertüberzeugungen werden nach und nach abgelöst von funktionalistischen Effektivitätserwägungen. Pointiert: Erfolgs- und Mißerfolgswahrscheinlichkeiten sowie Output-Kalkulationen treten an die Stelle von Prinzipientreue und Wertorientierungen.

Die bereits erwähnte Verlagerung von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit zu Ungleichbehandlung kann damit in Zusammenhang gebracht werden. Denn die Entwertung der Werte trifft nicht nur die im Interesse weiterer Demokratieentwicklung erhaltenswerten, im weitesten Sinne aufklärerischen Traditionsbestände. Sie bezieht sich – in umgekehrter Weise – auch auf Irrationalismen völkischer Gefühlsduselei, reflektionslosen Gemütsnationalismus und rassistische Hierarchisierungen. Moralische Kategorien – hier einmal eingeschlossen die eigentlich „unmoralischen“ Implikationen einer „Rassenethik“ – überlassen immer mehr funktionalen Erwägungen das Feld. Konkretisiert: Solange Ausgrenzung hinreichend durch Ungleichbehandlung bewerkstelligt und ihre Legitimität sozial akzeptabel sichergestellt werden kann, bedarf es keines Rekurses auf Ungleichwertigkeitsrelationen. Denn Zweckdurchsetzung statt Werterealisation ist gefragt. „Der Zweck heiligt die Mittel“ sagt der Volksmund. Wenn Zweckrationalität dominiert, bleiben die externalen Handlungsfolgen unter- wenn nicht gänzlich unbelichtet.

Was wir Rechtsextremisten ankreiden, den rücksichtslosen Einsatz von Gewaltmitteln zur Durchsetzung ihrer Zwecke, haben wir daher vergleichbar zu geißeln bei subtileren Gewaltförmigkeiten „normaler“ Interessendurchsetzung innerhalb unserer Wirtschaftsgesellschaft, zumal wir doch auch mehr Verantwortungsethik in ökologischen und militärischen Fragen einklagen. Auch hier entlarvt sich erneut: Der modernisierte Rechtsextremismus ist nicht Konterpart der gesamtgesellschaftlichen

14 Vgl. E. Brähler/H.-J. Wirth 1991 (Anm. 11).

15 Vgl. Eckart Brähler/Horst-Eberhard Richter, Wie haben sich die Deutschen seit 1975 psychologisch verändert? Mehr Individualismus, mehr Ellenbogen, stärkere Frauen, in: Horst-Eberhard Richter (Hrsg.), Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen, Hamburg 1990.

16 Vgl. Robert N. Bellah/Richard Madsen/William M. Sullivan/Ann Swidler/Steven M. Tipton, Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, Köln 1987.

Entwicklung; er ist vielmehr der kleine, häßliche Bruder gesellschaftlicher Modernisierung.

3. Ökonomisierung

Der Trend zum Ausbau der Vormachtstellung wirtschaftlicher Rationalitäten ist in engem Zusammenhang mit den vorgenannten Entwicklungen zu sehen. Er ist als ihre Zuspitzung zu begreifen. Verschmelzen Individualisierung und Rationalisierung in Gestalt eines „utilitaristischen Individualismus“¹⁷, der persönliche Nutzen- und Vorteilsmaximierung auf seine Fahnen schreibt, so gibt Ökonomisierung dieser Legierung noch zusätzlich eine ökonomistische Tönung: Die Nutzenerwartung wird berechnet, indem sie in Relation zu nötigen Aufwendungen gesetzt wird. Kosten-Nutzen-Kalküle werden zur gängigen Orientierungsbasis, erst recht bei Prestige- und Statusoberen.

Beispiel: Besserverdienende liegen mit ihrem Gehalt über der Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung. Jenseits der Grenze beginnt das Recht, sich privat krankenzuversichern. So gut wie jeder Berechtigte nimmt es in Anspruch, weil es – vor allem für Beihilfeberechtigte des öffentlichen Dienstes – billiger und komfortabler ist, privat versichert zu sein. Gibt man sich Rechenschaft darüber ab, daß die Beitragssätze hier nur deshalb so relativ niedrig sind, weil die Privaten nicht gezwungen sind, die Problemfälle mitzuversichern? Wohl kaum! Und wenn, dann wird diese Überlegung ebenso schnell wie erfolgreich verdrängt.

Liegt dieses Ausnutzen von Privilegien und damit der Auszug aus der Solidargemeinschaft der Versicherten eigentlich so weit entfernt von der Aufkündigung der Solidarität mit den EmpfängerInnen öffentlicher Unterstützungsleistungen, den fremdländischen zumal? Ein Unterschied ist, daß so auf Schleichwegen Solidarität gekündigt werden kann und ihre Aufhebung gar nicht erst lauthals gefordert werden muß, um persönliche Vorteile zu sichern. Das Beispiel zeigt: Kosten-Nutzen-Kalküle sind „normale“ Verhaltensanforderungen in unserer Gesellschaft. Ihnen moralische Empörung entgegenzuhalten, wenn sie in rechtspopulistischer Kontur auftauchen, ist eine inhaltsleere, manchmal sogar heuchlerische Reaktion.

Es ist nicht verwunderlich, daß manche Jugendliche andere Menschen instrumentalisieren und in ihre privaten Rechenoperationen als Faktoren einsetzen, wenn sie den Eindruck gewinnen, mit ihnen selbst würde vorwiegend instrumentell umgegangen. Von genau solchen Erfahrungen aber

berichten Jugendliche, die rechtsextreme Anfälligkeiten an den Tag legen. Soziale Bindung bzw. soziale Nähe über Nützlichkeitsabwägungen regeln zu wollen, ist aber nur ein Effekt von Ökonomisierung. Ein weiterer vermittelt sich über den Konsummarkt.

Der Überflußmarkt des Westens lebt weniger vom Versorgungs- als vom Erlebniskauf¹⁸. Der Erlebniskäufer muß emotional angesprochen werden. Kritische Kaufdisziplin braucht er gerade nicht. Affekte müssen frei floaten. Indem immer mehr Bereiche des Alltagslebens „durchkapitalisiert“ und vermarktet werden – vom Bildungsbereich über die Medienversorgung bis hin zum Fußballspiel-Besuch –, kann sich ein Abbau von Selbstdisziplin und Affektkontrolle ausbreiten. Genau dies aber läßt sich auch bei (nicht nur politisch motivierten) Gewaltanwendern beobachten¹⁹.

Die konsumkulturelle, in erster Linie mediale Ästhetisierung von Gewalt und Haß tut ein übriges. Sie läßt zumindest ihre Symboliken, da käuflich, akzeptabel erscheinen. In einer Welt aber, wo nahezu alles zum Zeichen wird, fallen Symbol und zu Symbolisierendes tendenziell in eins. Reale Handlungen erscheinen dann als Symbole für Handlungen, z.B. Überfälle auf Asylbewerberheime als Zeichensetzung. Verdrängt wird anscheinend, daß reale Handlungen reale Folgen haben und deshalb mehr bewirken als unverbindliche Signale.

4. Verrechtlichung

Kennzeichen der Moderne ist eine zunehmende Verrechtlichung der Hierarchie- und Gewaltverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Subjekten. Dazu gehört wesentlich die Monopolisierung des Rechts auf Gewaltanwendung in den Händen des Staates.

Der modernisierte Rechtsextremismus setzt immer deutlicher auf die Durchsetzung seiner Interessen mittels eines juristischen Instrumentariums. Forderungen in Richtung auf Restriktionen des Ausländer- und Asylrechts bei gleichzeitiger verbaler Absetzung von den Gewaltaktionen des Straßenmobs zeigen dies für die Speerspitze des deutschen Rechtspopulismus, die Republikaner, deutlich auf. Man beobachtet eine Verlagerung hin zu systemisch-strukturellen Gewaltformen. Nicht der An-

18 Vgl. ausführlicher Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt am Main – New York 1992.

19 Vgl. Baldo Blinkert, Kriminalität als Modernisierungsrisiko? Das „Hermes-Syndrom“ der entwickelten Industriegesellschaften, in: Soziale Welt, 39 (1988) 4, S. 397–412; Gerhard Steiner/Esther Lips, Jugendgewalt in Basel, unv. Ms., o. O.; o. J. (Basel 1989).

griff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung von außen, sondern ihre innere Zersetzung ist die Strategie, zumindest die Folgewirkung. Diese Entwicklung ist prekär, weil rechte Ideen sich dann langsam in die Akzeptanzbereiche gesellschaftlicher Gewaltregelungen einschleichen, damit aber immer weniger skandalisierbar werden.

Außerhalb des organisierten Rechtsextremismus scheint sich außerdem, auch innerhalb des rechten Orientierungsspektrums – allmählich zwar, doch absehbar –, eine Denkweise durchzusetzen, die dem *ius soli* statt dem *ius sanguinis*, das heißt dem aus territorialer Anwesenheit abgeleiteten Recht, folgt. Ihre Verbreitung erfolgt anscheinend in zwei Etappen. Etappe eins ist schon relativ klar erkennbar: Rechte, die entlang von Volkszugehörigkeit bzw. -abstammung verteilt werden, geraten unter Legitimationsdruck, werden durch territorial limitierte Staatsbürgerrechte abgedrängt.

In Etappe zwei erfolgt die Aufweichung von nationalspezifisch exklusiven Staatsbürgerrechten und ihre Ersetzung durch Rechte, die sich aus der Aufenthaltsdauer ergeben. Das ist etwa der Fall, wenn deutsche Einheimische gemeinsam mit „ausländischen InländerInnen“ gegen den Zuzug von AussiedlerInnen agitieren. Während die politische Linke mit dieser Entwicklung vornehmlich Integrationsleistungen verbindet, könnte eine „neue“ Rechte sie benutzen, um den Ausschluß von MigrantInnen und die Hierarchisierung von EinwohnerInnen entlang territorialer Anciennitätsprinzipien zu organisieren; gleichsam unter dem Papa-Igel-Motto: „*Ick bin all do!*“. Auch hier wird erwartbar: Rechtsaußen verschiebt sich zur Mitte und vielleicht gar darüber hinaus.

Die Verrechtlichung der Gewaltverhältnisse hat zu einer Tabuisierung von Gewalt im Sinne von Aggression geführt. Ein modernisiertes rechtes Gewaltverständnis trägt diesem Umstand Rechnung, indem es rechte Gewalt als Gegenwehr inszeniert. Die Schwerpunktsetzung auf Verteidigungsrhetorik ist vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

IV. Fazit

Sich über Fremdenhaß und Gewaltexzesse öffentlich zu empören ist das eine, sie nüchtern zu analysieren und aus dieser Analyse Konsequenzen zu ziehen, die über bloße Empörung und Moralisierung hinausgehen, das andere. Zu diesem anderen gehört *erstens*, Modernisierungen der neuen Rechten überhaupt wahrzunehmen, statt sie schlichtweg

zu leugnen, und *zweitens*, diese Modernisierungen in einen Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Modernisierungen zu stellen. Erst dann kommen *drittens* notwendige Modernisierungen politisch-pädagogischer Herangehensweisen an die Probleme in den Horizont der Betrachtungen und lassen sich ihre erforderlichen Tiefendimensionen annähernd ermessen²⁰.

Dabei erweist sich ziemlich schnell, daß den aktuellen Hauptkristallisationspunkt des rechten Extremismus die Migrationsproblematik abgibt. Sie bildet den realen und nicht nur phantasierten Hintergrund für die weite Verbreitung von Bedrohungsgefühlen bei Einheimischen. Daß sie in verschiedenen Varianten vorhanden sind – sei es als Befremden, sei es als Verfremdungserlebnis des gewohnten Alltags oder sei es als entfremdende Überfremdung²¹ –, ist noch kein Indiz für die Existenz eines aktuellen rechten Extremismus. Xenophobien sind nicht sein Kennzeichen, sondern sein Material, genauer: das Material für seine Modernisierung. Dies gilt erst recht für jene inländischen Ausländer und Ausländerinnen, die Ängste vor neu hinzukommenden Ausländern ausprägen. Solange wir sie als „Vorurteile“ abtun und sie flugs des Rassismus oder des Extremismus überführen, nehmen wir die dahinterstehenden realen Befürchtungen nicht ernst. So verhindern wir gerade nicht, was wir bekämpfen wollen: daß ein modernisierter Rechtsextremismus sie aufgreift, mit verfänglichen Phantasmen auflädt, ihnen Ausdruck und Kontur verleiht, sie mittels rigider, dennoch akzeptanzheischender Ausgrenzungsangebote zu bewältigen verspricht und letztlich damit für seine Interessen einspannt. Und das geschieht dann noch so, daß keiner es merkt, weil neurechte Politik auf Modernisierungswellen schwimmt, innerhalb derer sie immer schwieriger als solche identifizierbar wird, gleichzeitig aber ihre Substanz in der Fläche auströmen läßt. Genau damit aber passiert das, was sich gerade in den letzten Monaten vor allem im Zuge der Asyldebatte klar abzeichnet: ein Rechtsruck durch Rechtsdruck.

20 Vgl. Kurt Möller, Bedürfnisorientierung statt „Abschreckungsdidaktik“. Ansatzpunkte antifaschistischer Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 39 (1991) 7–8, S. 311–321; ders., Jugend – Gewalt – Rechtsextremismus. Von der Empörung zum Handeln, in: Ralf-Erik Posselt/Klaus Schumacher, Projekthandbuch Gewalt und Rassismus, Mühlheim (Ruhr) 1993; Franz-Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller, Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze – Erfahrungen – Perspektiven, Bremen 1993.

21 Vgl. Kurt Möller/Joachim Müller, Zwischen Befremden und Entfremdung. Bedrohungsgefühle durch Zuwanderung von MigrantInnen, in: Jürgen Mansel (Hrsg.), Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung. Untersuchungen zu ökologischen Krisen, internationalen Konflikten und politischen Umbrüchen als Stressoren, Weinheim – München 1992.

Jugend – Gewalt – Extremismus in Sachsen-Anhalt

Ergebnisse eines Forschungs- und Bildungsprojektes

I. Zum Projekt „Jugend – Gewalt – Extremismus in Sachsen-Anhalt“

Das Projekt ist als Forschungs- und Bildungsprojekt auf der Basis einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) seit September 1991 realisiert worden. Im Verlaufe von zwei Jahren hatten wir die Möglichkeit, mit ca. 450 Schülern und Schülerinnen der verschiedensten Alters- und Bildungsstufen sowie mit Wehrpflichtigen zu sprechen. Diese Gespräche fanden fast immer in Gruppen, aber auch als Einzelinterviews statt. Thematische Schwerpunkte waren die Schule, das Elternhaus, das Wendeerleben, die Freizeit, das Politikinteresse, kulturelle Interessen, Gewalterfahrungen etc. Zwar sind die Ergebnisse unserer Untersuchung nicht quantifizierbar, aber wir glauben, daß unsere Beobachtungen hinsichtlich der sozialpsychologischen Situation Jugendlicher qualitativ interessant genug sind, um sie einer breiteren Leserschaft mitzuteilen.

Die im Rahmen des Projektes durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen vor allem mit Lehrern und Lehrerinnen zum Thema unseres Projektes haben zudem einen solchen Umfang erreicht, daß wir uns auch über die sozialpsychische Situation dieser Berufsgruppe in Sachsen-Anhalt ein Bild machen konnten.

Ursprünglich sollte der Gegenstand unserer Untersuchung die Entstehung des organisierten Extremismus in Sachsen-Anhalt sein. Die Herausbildung von formellen Strukturen vollzog sich jedoch nicht so schnell und nicht in dem Ausmaß, wie wir das angenommen hatten. Außerdem stellten wir im Verlaufe unserer Annäherung an das Thema fest, daß es ein breites Spektrum von Gewaltphänomenen gibt, das längst nicht in dem Maße durchgehend politisch motiviert ist, wie dies die öffentliche Erörterung der Gewaltproblematik suggeriert. Alltägliche Gewalt entsteht vielmehr in einem konkreten Ursachengefüge, das nicht vordergründig politischer Natur ist. Auch die dadurch verursachten Gewaltphänomene sind weniger mit politischen als vielmehr mit soziologischen, kul-

turellen und psychologischen Kategorien erfassbar¹. Die Erfahrungen Jugendlicher sind in einem begrenzten Maße beeinflussbar. Diese Überlegung führte uns zu einer verstärkten Hinwendung zu Fragen der praktisch möglichen Gewaltprävention.

II. Theoretische Ausgangspositionen der Arbeit am Projekt

Wir gehen aus von einem Gewaltbegriff, der nicht einseitig negativ gefaßt ist. Gewalt sollte unseres Erachtens nicht grundsätzlich stigmatisiert werden; sie ist oft nicht so irrational, unvernünftig, blind oder sinnlos, wie behauptet. Mit der Fehlinterpretation der Gewalt beginnt die Ausblendung der Tatsache, daß Gewalt „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommt, daß sie ein Problemindikator ist, daß Gewalt oft eigentlich Gegengewalt ist und daß sie damit auch die Tat von Opfern ist. Gewalt – dies sei ausdrücklich betont – soll damit keinesfalls gutgeheißen oder gar verteidigt werden, aber sie soll eingeordnet werden können in das Spektrum jener Phänomene in unserer Gesellschaft, über die es keine öffentliche Debatte gibt und die aus verschiedensten Gründen nicht moralisch verurteilt werden.

Die Entstehung von Gewaltbereitschaft ist multikausal verursacht. Sie kann ebenso Resultat sozialer Verwahrlosung wie der falsch verstandene Versuch sein, politische Mitwirkung und Verantwortung wahrzunehmen oder Ängste zum Ausdruck zu bringen. Wir gehen von einem jeweils spezifischen Zusammenspiel verschiedener Faktoren auf verschiedenen Ebenen aus. Es sind individuelle, gruppenspezifische und makrosoziale Prozesse zu unterscheiden.

In jedem einzelnen Fall entsteht Gewaltbereitschaft in einem biographischen Langzeitprozeß. Diese Feststellung ist insofern von sozialpädagogischer Bedeutung, als sie die Erkenntnis enthält, daß die Erwartung einer schnellen Überwindung

1 S. a. den Beitrag von Kurt Möller in diesem Heft.

von Gewaltbereitschaft durch relativ kurzfristige oder punktuelle Maßnahmen illusionär ist. Die Ausübung von Gewalt unter und von Jugendlichen vollzieht sich oft in Gruppen oder Cliques, wobei diese sich in ihrem Habitus häufig an vorhandenen Subkulturen orientieren. Diese können politisch definiert sein, aber auch eine durchaus selbständige Attraktivität modischer Merkmale (Mode-Punks, Mode-Skins) besitzen. Fließende Übergänge gibt es sowohl zwischen politischem und modisch-kulturellem Selbstverständnis von Gruppen oder Cliques als auch zwischen politischem und kriminellem Bestreben. Nicht selten wird die eigentliche kriminelle Absicht hinter politischen Floskeln versteckt.

Eine theoretische Gleichsetzung von krimineller und politischer Gewalt ist ebensowenig gerechtfertigt wie eine Gleichsetzung von rechter und linker Gewalt. Aus der Opferperspektive ist eine solche Gleichsetzung verständlich, aus theoretischer Sicht unzulässig. Gewalt von links und Gewalt von rechts – vorausgesetzt, es handelt sich tatsächlich um politisch motivierte Gewalt – unterscheiden sich in der Regel hinsichtlich der Form, der Opfer, der Absicht und des ideologischen Hintergrundes.

Als theoretischer Ansatz dient uns die *Bielefelder Konzeption*², die von Wilhelm Heitmeyer u. a. vertreten wird. Wir sehen ihre Wirkung vor allem in der Kombination mit Ulrich Becks Theorie der Risikogesellschaft³: *Erstens* erscheint uns der theoretische Ansatz, die Entstehung von Gewaltbereitschaft aus Desintegrationsprozessen innerhalb der Gesellschaft zu erklären, plausibel und, was sicher noch wichtiger ist, er läßt sich anhand unserer praktischen Beobachtungen empirisch belegen. *Zweitens* halten wir eine Relativierung des Zusammenhanges zwischen Desintegration und Gewaltbereitschaft in dem Sinne für wichtig, daß Desintegration zu Gewaltbereitschaft führen *kann*, aber *nicht* automatisch dazu führen *muß*. Es gibt auch andere Möglichkeiten, um Desintegrationserlebnisse zu kompensieren. *Drittens* besitzen die gesellschaftlich relevanten Desintegrationsprozesse im persönlichen Bereich, im politischen Bereich und im Bereich der Werte in jedem Einzelfall sehr unterschiedliches Gewicht. Dies gilt sowohl hinsichtlich ihrer tatsächlichen Bedeutung als auch hinsichtlich der Intensität ihrer Wahrnehmung durch den Betroffenen. *Viertens* sind Desintegrationsprozesse mit solchen lebensweltlichen Ver-

2 Vgl. z.B. Wilhelm Heitmeyer, Desintegration und Gewalt, in: deutsche Jugend, (1992)3, S. 109–122; ders., Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursache von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2–3/93, S. 3–13.

3 Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

änderungen verbunden wie z.B. der Erfahrung existentieller Bedrohung bisheriger familiärer Sicherheit (Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme), der zunehmenden Verarmung kindlicher und jugendlicher Freizeit, der Verunsicherung globaler Perspektiven.

III. Prävention als Schwerpunkt des Projektes

Die Auseinandersetzung mit jugendlicher Gewaltbereitschaft und Gewalt findet in unserer Gesellschaft nach unserem Eindruck in erster Linie ereignisbezogen statt; die präventive Arbeit wird vernachlässigt. Jugendarbeit wird oft erst dann als notwendig erachtet, politisch unterstützt und finanziert, wenn akute Gewaltsituationen entstanden sind. Wie oben dargestellt, sind zu diesem Zeitpunkt aber bereits sozialpsychologische Prozesse individueller und gruppenspezifischer Art abgelaufen, die nicht mehr einfach rückgängig zu machen sind. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten, Gewalt zu verhindern. Andererseits sind uns bei Veranstaltungen gerade auch mit LehrerInnen häufig Argumente der Art begegnet, daß man ja gegen Gewalt nichts zu tun brauche, solange sie noch nicht akut sei. Die Notwendigkeit und Möglichkeiten präventiver Arbeit wird unterschätzt. Außerdem existiert eine gehörige Portion an Skepsis und Pessimismus hinsichtlich der Chancen, die Gewaltspirale durchbrechen zu können, was uns in einem bestimmten Rahmen durchaus berechtigt erscheint. Geht man davon aus, daß Gewalt multikausal verursacht ist, befindet sich jeder, der sich mit sozialpädagogischen Mitteln mit jugendlicher Gewaltbereitschaft auseinandersetzen will, in der prekären Situation, nur einen Bruchteil des Ursachegefüges dessen, wogegen er angehen will, beeinflussen zu können.

IV. Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojektes

1. Fremdenangst und Fremdenhaß

Als dominantes Problem hinsichtlich Gewaltakzeptanz, Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung erwies sich in vielen Gesprächen die Fremdenfeindlichkeit, d. h. Fremdenangst und Fremdenhaß. Mit dieser Differenzierung werden unterschiedliche Verfestigungsstufen einer psychologischen Grund-

situation beschrieben. Ihre Grundsubstanz sind Verlustängste und Vorurteile (darunter auch solche aus DDR-Zeiten). Während Fremdenangst eher passiv, ratlos, hilflos, selbstbemitleidend ist, sind Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhaß „aktive“ Gefühle, es werden „Schuldige“ für konkrete Entwicklungen benannt. Das Hinüberwachsen von der Fremdenangst zum Fremdenhaß geht einher mit einer Verfestigung der Gefühlslage und ist u.U. mit wachsender Aktionsbereitschaft verbunden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß nach Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) von Sachsen-Anhalt 76,3 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen bei fremdenfeindlichen Straftaten 1992 in Sachsen-Anhalt Jugendliche bis 20 Jahre waren (37,9 Prozent davon bis 17 Jahre).

Fremdenfeindlichkeit heißt in einem weiten Sinne auch, gegen alles zu sein, was den eigenen Lebens- und Wertvorstellungen widerspricht. Sie richtet sich damit auch gegen Lesben, Schwule, Behinderte, sozial Benachteiligte usw. So gab es in Halle und Dessau z.B. Gewaltaktionen gegen Jugendliche mit Behinderungen. Fremdenfeindlichkeit wird von Jugendlichen oft unter ausdrücklichem Hinweis darauf geäußert, daß auch ihre Eltern ähnliche oder gleiche Positionen hätten. Mitunter wurde sogar betont, daß dies der einzige Punkt sei, in dem es zwischen den Jugendlichen und ihren Eltern Übereinstimmung gebe.

Bei der Herausbildung von Fremdenfeindlichkeit spielen folgende Argumente und Ängste eine Rolle:

1. Ausländer, wird geäußert, seien in der gegenwärtigen Entwicklung eine Bedrohung. Dabei werden die gängigen Argumente genannt: zunehmende Kriminalität, Wegnahme von Arbeitsplätzen, Mißbrauch der Sozialleistungen usw. Bestimmte Stereotype werden übernommen, ohne eigene Erfahrungen zu haben: Das kam u. a. in einer nachdrücklich artikulierten Feindschaft gegenüber Türken zum Ausdruck. Nur ein geringer Teil der von uns befragten Jugendlichen hatte überhaupt Ausländer im Bekanntenkreis.
2. Fremdenfeindlichkeit resultiert auch aus der Wahrnehmung einer ganzen Reihe von sehr komplexen Prozessen, die sich in unserer heutigen Welt vollziehen und die durch Jugendliche wahrgenommen werden. Dazu gehören der Zusammenbruch des Ostblocks, die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien, die Prozesse in der Dritten und Vierten Welt und die damit verbundenen Migrationsbewegungen. So wurde oft gefragt: „Was kommt noch alles auf uns zu?“ Auf diese Weise wird die Angst artikuliert, die

Entwicklung in Ostdeutschland könnte noch komplizierter werden, als sie ohnehin schon ist.

3. Jugendliche begründen Fremdenfeindlichkeit – vor allem eine aggressive Haltung gegenüber Asylbewerbern – mit dem „Versagen der Politiker“, das „Asylproblem“ zu lösen. Gerade aus dem Vertrauensverlust für die etablierten Parteien resultiert die Akzeptanz von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Argumenten in bezug auf die Ausländerproblematik sowie die Gewaltakzeptanz bis hin zu eigener Gewaltanwendung. „*Republikaner, DVU, NPD u. a. haben ganz klare Aussagen, an denen man sich orientieren kann...*“ ist ein häufig formuliertes Argument. Dabei existiert zumeist kein programmatisch ausformulierter rechtsextremer Hintergrund.

Die Motivation für Gewalt ergibt sich u.E. aus einem Konglomerat von Versatzstücken politischer Diskussionen und Positionen, aus einer mehr oder weniger berechtigten Erwartung gesellschaftlicher Anerkennung für Gewalt, aus sozialen Verlustängsten und aus Abenteuerlust, gepaart mit einer gehörigen Portion an Rücksichtslosigkeit und Brutalität, aber auch Gedankenlosigkeit und Verdrängung von Skrupeln. Die in polizeilichen Erklärungen übliche Unterscheidung zwischen politisch und unpolitisch motivierten Gewalttaten ist u.E. zu formal und kann nur als von Fall zu Fall feststellbare graduelle Abstufung des Einflusses des Politisch-Sozialen verstanden werden, aber nicht als absoluter Gegensatz. Anders gesagt, auch die einfache „Randale“ steht in einer gewissen Beziehung zum allgemeinen Klima in der Gesellschaft. Insofern sollte mit dem Attribut „rechtsextrem“ sehr zurückhaltend umgegangen werden. Tatsächlich läßt sich unseres Erachtens manche Entwicklung aus Nachahmungseffekten erklären. Die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 wirkten sich z.B. in diesem Sinne auf Sachsen-Anhalt aus: Nach Beginn der fremdenfeindlichen Aktionen gegen die Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen am 22. August 1992 war in Sachsen-Anhalt eine Zunahme der Zahl der Angriffe auf Asylbewerberheime von 14 (Juli 1992) auf 41 (September 1992) zu verzeichnen⁴.

2. Schule als Lebensraum

Ein wesentlicher Teil der Lebenswelt von Jugendlichen ist die Schule. Auch hier erleben Kinder und Jugendliche in vielfältigen Formen Gewalt und üben sie selbst aus. Andererseits erwartet die Öffentlichkeit gerade von der Schule und den Lehrern, daß sie dazu beitragen, Gewalt, Fremden-

⁴ Angaben des LKA Sachsen-Anhalt.

feindlichkeit und Extremismus vorzubeugen bzw. sie einzudämmen. In den Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen war das Erleben des Schulalltags deshalb immer auch ein Thema.

Vorauszuschicken ist, daß die unten aufgeführten Aussagen (oft bezogen auf konkrete Schulsituationen und Personen) in den Gesprächen mit LehrerInnen nicht selten außerordentlich kontrovers diskutiert wurden. Vielfach fehlte einfach die Bereitschaft, solche Aussagen zu hinterfragen und differenziert zu bewerten.

Die folgenden, z.T. kommentierten Aussagen wurden von Jugendlichen immer wieder formuliert:

1. Das Lernen ist heute im Vergleich zu DDR-Zeiten vor allem durch ein hohes Maß an Selbsttätigkeit und Eigenverantwortung wesentlich komplizierter geworden.
2. Der Leistungsdruck in der Schule und auch der durch die Eltern ist größer geworden. Leistungsdruck auf der einen und Perspektivlosigkeit auf der anderen Seite haben zu einer gewissen Lernunlust geführt mit der Folge schlechterer Leistungen.
3. Das Verhältnis zu den Lehrerinnen und Lehrern und zur Schule insgesamt hat sich verändert. Es gibt ein tiefes Mißtrauen bei einer Reihe von Schülern hinsichtlich der Vermittlung der Werte der neuen Gesellschaft durch die Schule. Nur einer relativ kleinen Gruppe von LehrerInnen wird konzidiert, sich für ihre Schüler zu engagieren, wenn es um Probleme geht, die nicht den Unterricht betreffen. Respekt haben Schüler vor jenen, die Autorität, Strenge und Gerechtigkeit mit Verständnis und Hilfsbereitschaft Schülern gegenüber verbinden. Opportunistisches und anpasserisches Verhalten von LehrerInnen stößt Schüler ab und stimuliert sie zu provozierendem Auftreten.
4. Exponierte Jugendliche, vor allem solche aus den Szenen, beklagen, daß viele ihrer LehrerInnen nicht in der Lage seien, mit ihnen zu diskutieren. Wiederholt berichteten uns Schüler, die sich als Rechte begreifen, daß ihre Lehrer sie als Neonazis bezeichneten und verurteilten. Sie selbst grenzten sich trotz ihrer rechtsextremen Position deutlich vom Neonazismus ab und erwarteten, daß dies auch zur Kenntnis genommen werde. Überheblichkeit, Ironie, Vorverurteilung, aber kein Eingehen auf Argumente wurden als Reaktion von LehrerInnen auf Meinungen bzw. andere Äußerungsformen (Kleidung, subkulturelle Stilmerkmale) genannt.

Vor allem in der Diskussion mit der Lehrerschaft, aber auch mit anderen Erwachsenen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, wurden von uns folgende Tendenzen festgestellt: Es gibt

- übertriebene Erwartungen an die Ergebnisse von Logik, politischer Bildung und Aufklärung; sozialpsychologische und emotionale Aspekte werden nicht immer hinreichend berücksichtigt;
- zum Teil sehr kurzgefaßte Erfolgserwartungen an die Wirkung der eigenen Tätigkeit. Daraus entsteht ein Erfolgsdruck, der auch zu Resignation führen kann;
- Schwierigkeiten, die Verarbeitung lebensweltlicher Erfahrungen von Jugendlichen zu reflektieren und zu akzeptieren.

Daraus erklärt sich die nur mangelhaft ausgeprägte Fähigkeit der Pädagogen und Pädagoginnen, differenziert an die Beurteilung der Entwicklung von Jugendlichen herangehen zu können. Eine *Mit-Verantwortung* und *Auch-Zuständigkeit* für Probleme der Jugendlichen wird gelegentlich unterbewertet zugunsten einer verstärkten Schuldzuweisung an andere Berufsgruppen oder gesellschaftliche Institutionen.

Bei den Lehrern kommt noch hinzu, daß sie unter dem Druck (ungerechtfertigter) Schuldzuweisungen seitens der Öffentlichkeit stehen, die das Gewaltproblem gern einseitig an die Adresse der Pädagogik „delegiert“ bzw. abschiebt. Auf der anderen Seite besteht seitens der Lehrerschaft in den neuen Bundesländern eine weitverbreitete Verunsicherung hinsichtlich ihres Selbstverständnisses als Erzieher, die mit der seit der Wende geführten Diskussion der Rolle der Pädagogen in der DDR zu erklären ist. Diese Verunsicherung hat zu einer verbreiteten Abstinenz in Sachen Erziehung, Wertevermittlung und Politik geführt, die nur sehr langsam überwunden wird.

Ernstzunehmende Defizite gibt es in den neuen Bundesländern – nicht nur bei Lehrern – vor allem hinsichtlich Konfliktbewältigung und deeskalierender Verhaltensweisen. Wir sind durch Schüler wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Lehrpersonal mitunter einfach wegschaut, wenn es zu Gewalt in der Schule kommt.

Demotivierend wirkt sich auch ein allgemeiner Prestigeverlust des Lehrerberufs aus. Dies ist zwar nicht nur ein ostdeutsches Problem, wird hier aber wohl durch die oben genannte Diskussion über die Rolle, die die Lehrer im realen Sozialismus hatten, verstärkt.

Die Ursachen für Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus liegen natürlich nicht alle in der Schule. In der Schule muß aber darauf reagiert werden. Es ist daher die Frage zu stellen, ob nicht grundlegende schulreformerische Anstrengungen notwendig sind. Ergebnisse von Schulprojekten gegen Gewalt in verschiedenen alten Bundesländern und im Ausland sprechen dafür.

3. Politische Selbsteinordnung, politische Interessen und Selbstreflexion von Gewalt

Die Bereitschaft eines Teils der Jugendlichen und Schüler, sich in das (von der Gesellschaft vorgegebene) Rechts-Links-Schema einzuordnen, ist offensichtlich. Dieser Prozeß beginnt schon sehr früh, etwa im Alter von 10 bis 11 Jahren. Er ist mitunter auch mit einem oder mehrfachem Wechsel der Position verbunden. Die konkrete Zuordnung erfolgt dabei oft mehr oder weniger zufällig. Nicht selten hängt sie von der Situation im Freundeskreis ab. Es ist aber auch zu beobachten, daß bestimmte territorial dominierende Gruppen gleichzeitig Anziehung und Einordnungszwang ausüben. So werden gerade Jugendfreizeiteinrichtungen oft von einer bestimmten Gruppierung dominiert. Die Anpassung der Kinder und Jugendlichen an diese Richtung erfolgt unter Umständen aus dem Bestreben heraus, sich selbst den Zugang zum Club zu verschaffen oder zu erhalten und Konflikten aus dem Wege zu gehen.

Die Identifikation mit „Rechten“ oder „Linken“ ergibt sich also aus der Alltagserfahrung der Jugendlichen. Insofern müssen auch extrem rechte Selbsteinordnungen nicht zwangsläufig in den organisierten Rechtsextremismus führen, weshalb Zurückhaltung geboten ist bei der Verwendung solcher „Etiketten“ wie „Neonazis“ etc. Jugendliche können durch die damit verbundene Stigmatisierung in eine Position gedrängt werden, in der sie sich (noch) nicht befinden.

Unsere Nachfragen nach den Inhalten der gewählten politischen Richtung ergaben, daß vor allem die jüngeren Schüler oft stark personifizierte, unklare und vereinfachte Vorstellungen haben. Viele der befragten Jugendlichen gaben an, sich nicht für Politik zu interessieren. Auf konkrete Nachfrage stellte sich jedoch heraus, daß der Politikbegriff oft nur mit den etablierten politischen Parteien verbunden wird. Daß ein Interesse an politischen Fragestellungen doch vorhanden ist, wird durch die Benennung von Einzelthemen wie Asyl, Linke, Rechte, Skins, Punks etc. sichtbar.

Bei Fragen nach der Bewertung von Gewalt gegen Ausländer und Andersdenkende sowie nach eigenen Gewalterfahrungen kam wiederholt zum Aus-

druck, wie wenig bei manchen Jugendlichen Rechts- und Unrechtsbewußtsein entwickelt ist. Gewalt wird auch aufgrund eigener Sozialisationserfahrungen als ein effektives Mittel zur Lösung von Konflikten angesehen. Sie wird von Jugendlichen u. a. deswegen bejaht, weil sie sofort wahrgenommen wird, sowohl am Ort des Geschehens als auch in den Medien. Außerdem schafft Gewalt Eindeutigkeiten und Gewißheiten. Vor diesem Hintergrund ist die Charakterisierung vieler Gewaltaktionen als „sinnlose Gewalt“ unseres Erachtens problematisch, weil Gewalt aus der subjektiven Sicht der Täter durchaus einen Sinn hat.

Viele Jugendliche brachten auch zum Ausdruck, daß für sie die Ausübung von Gewalt in Verbindung mit spezifischen Aktivitäten ein Mittel zur Überwindung von Langeweile und Frust ist. Auch Abenteuerlust spielt (vor allem bei jüngeren Jugendlichen) eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Sehr bedenklich erschien uns die psychische Abstumpfung, die bei einer Reihe von gewaltakzeptierenden und -ausübenden Jugendlichen deutlich wurde. So ließen sie erkennen, daß sie sich kaum darüber Gedanken machen, mit welchen Folgen Gewaltopfer zu rechnen haben. Die Risiken, die bei Auseinandersetzungen für die eigene Person gegeben sind, werden dabei bewußt hingenommen. Gewaltakzeptanz richtet sich somit (indirekt) auch gegen die eigene Person.

V. Zu den Erfahrungen aus der Bildungsarbeit

Im Rahmen unseres Projektes haben wir eine Vielzahl von Bildungsveranstaltungen – vor allem mit Lehrern, Polizeibeamten usw., vereinzelt auch mit Eltern – durchgeführt. Unsere dabei gewonnenen Erfahrungen haben wir in den folgenden vier Punkten zusammengefaßt:

1. Erreicht wurde eine Sensibilisierung für die Problematik der Prävention. Im Gegensatz dazu ist die öffentliche Diskussion über Gewalt inhaltlich vor allem durch die Themen Verfolgung und Bestrafung der Gewalttäter bestimmt.
2. Neben der notwendigen und wertvollen Bestätigung eigener Überlegungen durch Teilnehmer und Teilnehmerinnen konnten wir auch Erkenntnisse hinsichtlich der Vieldimensionalität der Gewaltproblematik gewinnen. Das beginnt beim Gewaltbegriff selbst, bei der Vielfalt der

Gewaltphänomene, bezieht sich vor allem auf die multikausale Verursachung von Gewalt, die komplexen Zusammenhänge von persönlichen und gesellschaftlichen Problemen bei der Entstehung von Gewaltbereitschaft und natürlich auch auf die Fragen des präventiven und des situativen Umgangs mit Gewalt.

3. Sinnvoll erscheint uns die Darstellung der lebensweltlichen Erfahrungen und Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen in der modernen Gesellschaft. Sie enthalten mitunter auch für LehrerInnen überraschende Neuigkeiten. Unter anderem trifft das auf subkulturelle Entwicklungstendenzen zu.
4. Ein Effekt der Fortbildungsveranstaltungen mit Lehrern bestand darin, daß nicht nur eine grundsätzliche Bestärkung des Erziehverständnisses bewirkt wurde, sondern auch Unterschiede oder Gegensätze zwischen ver-

schiedenen Auffassungen zum Erziehungsstil bewußt wurden. Unseren Beobachtungen zufolge gibt es kaum ein Lehrerkollegium, in dem nicht eher autoritär orientierte und eher partnerschaftlich orientierte Erziehungsstile einander konträr gegenüberstehen. In diesem Sinne unterscheidet sich die Situation in den Schulen nicht von der in der Gesellschaft insgesamt.

Unseres Erachtens liegt hier einer der wesentlichen Gründe für die eingeschränkten Chancen der Umsetzung vieler Möglichkeiten des präventiven Reagierens auf Gewalt. Prävention ist jedoch der einzige Weg der tatsächlichen Bewältigung der Gewaltproblematik. Sie muß an den konkreten lebensweltlichen, also den von den Jugendlichen im täglichen Leben erfahrenen Problemen ansetzen. Letztlich bedeutet das, daß in allen Bereichen der Gesellschaft Desintegrationsprozessen und -erscheinungen entgegengewirkt werden muß.

Deeskalation von Jugendgewalt

Praktische Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt

I. Vorbemerkungen

Die folgenden Überlegungen zur Deeskalation von Jugendgewalt resultieren aus der Arbeit im „Aktionsprogramm der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt“ in Sachsen-Anhalt. Gemeinsam mit einer Kollegin berate ich dort siebzehn Projekte mit gewaltbereiten jungen Leuten, darunter sieben Projekte, die mit rechtsorientierten Jugendlichen, und fünf Projekte, die mit linksorientierten Jugendlichen arbeiten. Über gewaltbereite Jugendliche wird derzeit viel geredet und geschrieben, aber kaum jemand spricht mit ihnen. Es liegt mir fern, aus falschverstandener Solidarität mit der Klientel mehr Verständnis für Gewalttäter, Fremdenhaß oder rechtsextreme Vorstellungen einzuklagen. Doch die Gewalt, über die öffentlich geredet und geschrieben wird, ist nicht die Gewalt, die Jugendliche erfahren bzw. ausüben.

Beim Nachdenken über Jugendgewalt sollte man vier unterschiedliche soziale Sachverhalte auseinanderhalten: die *Fremdenfeindlichkeit*, den *Rechtsextremismus*, die *Gewaltbereitschaft* und schließlich den *öffentlichen Diskurs* über die Gewalt. Im *öffentlichen Diskurs* von Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten über die Gewalt geht es vornehmlich um Ursachen und Schuldzuweisungen¹. Man verhandelt über ein diffuses Syndrom aus Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalttätigkeit junger Leute, das als Ausdruck mißlungener Erziehung durch Interventionen der zuständigen gesellschaftlichen Instanzen (u. a. Familie, Schule, Kirche, Sozialpolitik, Medien) bekämpft werden soll. Die politisch-rhetorischen Anschlußmöglichkeiten dieser Diskussion sind offensichtlich. Über den Zerfall der Familie und die Konfliktpädagogik, den Werteverfall, die sozialen Benachteiligungen und die Gewalt in den Medien kann endlos gestritten werden. Alles scheint irgendwie mit Jugendgewalt zusammenzuhängen, dafür verantwortlich zu sein. Doch die Diskussion ist irreführend, weil die Prä-

misse nicht stimmt: Die jungen Leuten nachgesagte *Fremdenfeindlichkeit* und *rechtsextremistische* Einstellung gibt es bekanntlich nicht nur in dieser Altersgruppe. Fremdenfeindlichkeit ist eine weitverbreitete Haltung mit langer Tradition, nicht nur in Deutschland. Und rechtsextreme Parteien, die sich diese Einstellung zunutze machen, erzielen zweistellige Wahlerfolge – quer durch fast alle Gruppen der Bevölkerung. Typisch für heutige Jugendliche ist lediglich die *Gewaltbereitschaft*, eine Haltung, die im Kontrast zur vorangegangenen, extrem friedlichen Jugendgeneration besonders auffallen muß. Dies zeigt beispielhaft die „Kurze Geschichte der Jugendgewalt in U.“, einer Kleinstadt unweit der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

II. Kurze Geschichte der Jugendgewalt in U.

Bis 1990 ist U. eine verschlafene Stadt mit wenig Industrie und zwei Neubaugebieten. Es gibt in U. vier Jugendclubs der Freien Deutschen Jugend (FDJ) mit wöchentlicher Disko. Die Clubs werden bis Ende 1990 einer nach dem anderen geschlossen. Linke Jugendliche besetzen 1991 ein stillgelegtes Industriegelände, die „Molkerei“, als autonomes Jugendzentrum.

1991/92 wird die Asylbewerberunterkunft in U. einige Male von rechtsorientierten Jugendlichen angegriffen. Die Linken aus der „Molkerei“ stellen sich mehrfach schützend vor das Haus.

Anfang 1992 führen Mitglieder der rechtsradikalen FAP (Freiheitliche Arbeiter Partei) in U. eine genehmigte Veranstaltung durch, die bundesweit Aufsehen erregt. Dabei kommt es zu Zusammenstößen mit den Linken aus der „Molkerei“.

Auf der „Molkerei“ liegt ein Rückführungsanspruch. Nachdem bekannt wird, daß in der „Molkerei“ weiche Drogen konsumiert und vertrieben werden, gibt es Schwierigkeiten mit der Polizei

¹ S. a. den Beitrag von Kurt Möller in diesem Heft.

und den kommunalen Behörden. Die Stadt erreicht eine freiwillige Räumung und vermittelt allen Jugendlichen Wohnungen.

Im Laufe des Jahres 1992 öffnen in U. zwei kommunale Jugendzentren, die nach kurzer Zeit von rechtsorientierten Jugendlichen dominiert werden. Anfang 1993 wird in der rechten Szene das Konzert einer „Hass-Kapelle“ in einem der kommunalen Jugendzentren angekündigt. Etwa 300 rechtsorientierte Jugendliche aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen finden sich ein. Kurz vor Beginn des Konzerts wird ein anderer Veranstaltungsort angegeben, den Strohmann der rechtsradikalen FAP angemietet hatten. Zur Enttäuschung der jugendlichen Besucher gibt es dort jedoch keine Oi-Musik, sondern lediglich Propaganda der FAP. Eine gleichzeitige „antifaschistische“ Protestdemonstration von mehreren hundert Jugendlichen und Erwachsenen wird von der Polizei aufgelöst.

In der Folgezeit kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Besucher einer linken Schülerdiskothek in U. und zu einem Überfall vier verummelter junger Leute auf Skinheads. Die Angreifer sind ehemalige Besetzer der „Molkerei“. Im Frühsommer 1993 wird zwei türkischen Jugendlichen der Zutritt zu einem Open-air-Konzert in der Nähe von U. verweigert. Als die beiden türkischen Jugendlichen lautstark protestieren, werden sie von rechtsorientierten Jugendlichen zusammengeschlagen. Am darauffolgenden Wochenende kommen etwa sechzig türkische Jugendliche zu einem anderen Open-air-Konzert im Landkreis U. und verprügeln etwa fünfzehn Deutsche, die sie wahllos aus der Menge herausgreifen. Beide Zwischenfälle werden von Polizeibeamten beobachtet, die jedoch nicht eingreifen. Nach einem weiteren Konzert, einige Tage später, werden zwei Polizeibeamte von einer Gruppe von Skinheads als „Feiglinge“ beschimpft, angespuckt und mit Gegenständen beworfen.

An einem der folgenden Wochenenden schlägt eine Gruppe rechtsorientierter junger Leute aus U. zwei Jugendliche in einem Nachbarort zusammen. Eines der Opfer schwebt mehrere Tage in Lebensgefahr. Die Täter dokumentieren diesen Gewaltexzeß mit einer Videokamera.

Die Polizei ist personell nicht der Lage, die Gewaltereignisse im Landkreis U. zu unterbinden und beschränkt sich auf die Ermittlung von Tatverdächtigen. Bei Verhaftungen werden die rechten Jugendlichen von Anwälten einer nahegelegenen westdeutschen Großstadt vertreten und sind oft nach wenigen Stunden wieder in Freiheit.

III. Was tun?

Die geschilderten Vorgänge in U. sind durchaus typisch für die gegenwärtige Jugendgewalt. Durch den Einfluß einer FAP-Gruppe mit etwa siebzig, meist jugendlichen Mitgliedern sind die Gewaltereignisse in U. allerdings häufiger, krasser und für die rechtsorientierten Jugendlichen „erfolgreicher“ als anderswo.

Fremdenfeindlichkeit spielt in den Ereignissen in U. kaum eine Rolle. Diskussionen darüber oder über die Ursachen der Gewalt, über gesellschaftliche Fehlentwicklungen in Familie, Schule oder Medien helfen hier nicht weiter. In U. muß eine praktikable Strategie gefunden werden, um die weitere Eskalation der Jugendgewalt zu stoppen. Die Verhinderung von Kämpfen zwischen einzelnen Jugendcliquen oder Banden mag auf den ersten Blick weniger vordringlich erscheinen als die Verhinderung von Angriffen auf Ausländer und Unterkünfte von Asylbewerbern. Doch die in der Öffentlichkeit am stärksten beachteten Übergriffe gegen Fremde sind gleichsam „Nebenschauplätze“ der erbitterten Kämpfe innerhalb der Jugendkulturen; das sollte die „Kurze Geschichte der Gewalt in U.“ verdeutlichen. Voraussetzung jeder Strategie zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist die Deeskalation der Gewalt zwischen den jungen Leuten.

Das Beispiel aus U. zeigt nur Ereignisse, die Oberfläche der Gewalt. Um Ansätze zur Deeskalation zu entwickeln, müssen individuelle und kollektive Motive, Wünsche, Vorstellungen und Ziele der Gewalt-Akteure entziffert werden. In fünf (Interpretations-)Rahmen², die jeweils einen Aspekt hervorheben, werden unterschiedliche Möglichkeiten zur Interpretation und Deeskalation der Jugendgewalt aufgezeigt. Die ersten beiden Rahmen zeigen die Bedeutung von Gewalt für die Jugendlichen, im dritten Rahmen geht es um Gründe für die Attraktivität des Rechtsextremismus, im vierten und fünften Rahmen um Ansätze zur Reintegration gewaltbereiter Jugendlicher. Vorab drei knappe definitorische Vorbemerkungen:

Erstens: Wenn hier über Jugendliche berichtet wird, sind vor allem männliche Jugendliche gemeint. In den gewaltbereiten Szenen gibt es kaum weibliche Jugendliche. Sie sind unterrepräsentiert und an Gewalthandlungen meist nicht unmittelbar beteiligt.

² Vgl. Erving Goffman, Rahmenanalyse, Frankfurt am Main 1980.

Zweitens: Die Begriffe „links“ und „rechts“ werden nicht als theoretisch gefaßte, politische Kategorien verwendet, sondern entsprechen den (Selbst)Zuschreibungen der Jugendlichen.

Drittens: Mit Deeskalation ist eine gesellschaftspolitische Strategie gemeint, die jede Form der Gewalt dämpfen bzw. verhindern will, legitime wie illegitime, gerechte Gewalt wie ungerechte, legale wie illegale. Deeskalation beinhaltet neben der Arbeit gegen Gewalt auch Arbeit gegen die Angst vor der Gewalt.

Erster Rahmen: Die Krieger

In der polizeilichen Statistik wird die Gewalt *zwischen* Jugendlichen kaum sichtbar. Die Anzeigebereitschaft ist gering. Die Jugendlichen nehmen ihr „Recht“ lieber in die eigene Hand. Körperliche Auseinandersetzungen zwischen jungen Leuten sind zwar eine normale Erscheinung, die Streitigkeiten um Reviere und Ressourcen, um die Dominanz in Jugendklubs und Diskos werden aber gegenwärtig mit größter Härte geführt. Fragt man die Jugendlichen in U. und anderswo nach den Gründen dafür, stößt man auf komplementäre Feindbilder und Feindphantasien, die bis vor wenigen Jahren keine Rolle spielten. Wie in Stammeskriegen wird beispielsweise den „Faschos“ von linken Jugendlichen bzw. den „Zecken“ von rechten Jugendlichen eine hemmungslose Gewalt- und Tötungsbereitschaft unterstellt. Dies legitimiert die Gewaltanwendung der jeweils eigenen Gruppe als präventive Aktion bzw. als Notwehr.

Die Bedeutung der Feindbilder wird von den Gewaltakteuren gern heruntergespielt oder geleugnet, weil sie auf Ängste verweist. Auch die soziale Konstruktion der Feindbilder ist den Jugendlichen selbst nicht zugänglich. Für sie ist das Verhalten der feindlichen Gruppe Ausdruck einer „natürlichen“, unveränderlichen Realität. Der „Fascho“ ist eben so wie er ist, die „Zecke“ kann gar nicht anders. Ziel der Kämpfe ist es, den Gegner kampfunfähig zu machen. Ähnlich der militärischen Logik ist Verletzung oder Tötung nur ein Mittel, um die Bedrohung durch den Gegner zu beenden. Das Kriegerische der äußeren Erscheinung beider Lager (kurze Haare, Kampfjacke, Schnürstiefel) ist nicht nur Mode und Styling, sondern auch Ausdruck einer tatsächlichen oder imaginierten Bedrohung durch die feindliche Gruppe.

Argumente für die Kämpfe, ideologische Überzeugungen, inhaltliche Positionen sind – bei Rechten wie Linken – auf Parolen zusammengeschnürt. Die Jugendlichen empfinden sich als Krieger, und Krieger machen nicht viele Worte. Auch die demonstrative Unempfindlichkeit gegen Schmerzen

und Witterungseinflüsse oder das häufige Erzählen eigener und fremder Kampferelebnisse kann man als das Verhalten von Kriegern lesen. Parolen legitimieren diese selbstübernommene Rolle des Kriegers („Für Deutschland!“ „Gegen Neonazis!“), und im Zweifelsfall entscheidet die Parole, ob ein Unbekannter als Freund oder Feind behandelt wird.

Das plötzliche Auftauchen dieser archetypischen Krieger inmitten einer weitgehend pazifizierten Gesellschaft erklärt das Erschrecken und die Faszination der Öffentlichkeit. Die Skinheads, die den kriegerischen Archetyp am überzeugendsten repräsentieren, erscheinen als schlimmste Bedrohung des Gemeinwesens und evozieren in der Öffentlichkeit den Ruf nach gewalttätigen Lösungen, nach Kämpfern (z.B. GSG 9, Sonder-Einsatz-Kommandos der Polizei), die diese Bedrohung beenden.

Diese erste Rahmung der Gewaltprozesse zeigt, daß jeder Schritt zur Deeskalation *Feindbilder* der Jugendlichen, der Öffentlichkeit und auch der Institutionen berücksichtigen muß. Feindbilder sind kein falsches Wissen, das durch Aufklärung, guten Willen oder bessere Information korrigiert werden könnte. Die Feindbilder der Jugendlichen wie der erwachsenen Gewaltakteure sind z.T. mit archaischen Ängsten und Bedrohungsgefühlen gekoppelt. Durch Erfahrungen mit den „Feinden“, die den erwarteten Reaktionen widersprechen, können Feindbilder langsam ihre eskalierende Kraft verlieren. Deeskalation heißt beispielsweise, sozialpädagogische Kontexte zu schaffen, in denen solche Erfahrungen möglich werden; aber auch in kommunalen Arbeitskreisen die VertreterInnen der Polizei davon zu überzeugen, daß SozialarbeiterInnen eines Punk-Projektes keine Komplizen der Jugendlichen sind.

Zweiter Rahmen: Jugendkultur

Im öffentlichen Diskurs gilt Jugendgewalt als defizitäres Verhalten. Für die Jugendlichen ist aber Gewalt Teil ihrer kulturellen Muster. Sie richtet sich oft gegen (andere) Jugendliche, die sich nur durch winzige Details (ungeputzte statt geputzter Schnürstiefel, ein letztes Haarbüschel auf dem Kopf statt der vollständigen Glatze, Präferenz für eine andere Musikband) von der Täterszene unterscheiden. Auch die Intensität des Alkoholkonsums variiert nur geringfügig in den Jugendkulturen. Das „Zuziehen“ mit Bier oder Schnaps ist sozial akzeptiertes Verhalten und nicht nur Voraussetzung für Gewalthandlungen. Für die Jugendlichen markieren die scheinbar „kleinen Unterschiede“ unvereinbare Differenzen zwischen den Jugend-

kulturen. Dennoch kann man die gegenwärtigen Jugendszenen, einschließlich der gewaltbereiten Gruppen, unschwer als Variationen der globalen Massenkultur erkennen, die von angloamerikanischen Mustern dominiert werden. Boots, Basecaps und Baseball-Schläger, Graffitis, die Vorliebe für große Autos, Fastfood und Bodybuilding, ja selbst die Hose, die aus einer Reichskriegsflagge genäht ist, alles verweist auf anglo-amerikanische Vorbilder.

Wilhelm Heitmeyer und Uwe Sander warnen davor, die jugendkulturelle Sicht „in positivistischer Manier zur ‚eigentlichen‘ Realitätsebene emporzustemmen“. Als „wirksame Strukturen ‚hinter‘ dieser jugendkulturellen Oberfläche“ identifizieren die Autoren Folgen von Individualisierung und Modernisierung in vielerlei Gestalt, die letztlich zu Desorientierung, Fremdenhaß und Gewaltbereitschaft der rechtsorientierten Jugendlichen geführt hätten³. Albert Scherr und Michael Bommes fanden allerdings ausländerfeindliche Haltungen bei jungen süddeutschen Automobilarbeitern, „ganz gewöhnlichen Jugendlichen“ mit einer stabilen persönlichen und beruflichen Perspektive. Ausländerfeindlichkeit erscheint in diesen Interviews als Ausdruck eines weit verbreiteten, „sozial gültigen diskursiven Prinzips“ („wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“) und keineswegs als signifikante Haltung rechtsorientierter Jugendlicher⁴.

Auch die wenigen Daten über Besucher der Jugendprojekte in den harten, gewaltbereiten Szenen Sachsen-Anhalts widerlegen den von Heitmeyer/Sander behaupteten Zusammenhang zwischen rechter Einstellung und sozialer Desorientierung. Die rechtsorientierten Jugendlichen der Projekte sind beinahe durchgängig in Schule, Ausbildung und Beruf integriert, leben meist in „geordneten häuslichen Verhältnissen“ und äußern eher kleinbürgerliche Zukunftserwartungen. Auch bei der Ausstattung ihrer Freizeiteinrichtungen stimmen die ästhetischen Wünsche rechtsorientierter Jugendlicher mit der kleinbürgerlichen Wohnzimmer- oder Kneipenidylle überein.

In den linken Projekten sind dagegen sehr viele Jugendliche mit gebrochenen Biographien: Treibgänger, Wohnungslose und Illegale, die übliche sozialpädagogische Klientel. Die große Zahl von Hunden beispielsweise zeigt die Affinität dieser Szene zu Berbern und Stadstreichern, den klassi-

schen Verlierern der Modernisierung und Individualisierung⁵.

Trotz all dieser Unterschiede erleben sich Jugendliche der linken wie der rechten Szene als Avantgarde in einer Gesellschaft von „Spießern“. Ihren Lebensstil sehen sie als provozierendes Ideal, das der normale Bürger sich (noch) nicht zutraut. Künstlerische Produkte (u. a. Graffitis, Musik, Zinen, also Informationsmaterial der Szene), vor allem aber die Inszenierung der eigenen Person und die Radikalität der Lebenspraxis als „Gesamtkunstwerk“ zeigen durchaus Parallelen zu anderen avantgardistischen Bewegungen⁶. Selbst wenn man diesen Anspruch für überzogen hält, verweist die Negation bürgerlicher Vorbilder auf die historische Kontinuität der gegenwärtigen Jugendkulturen.

Die kulturalistische Interpretation der Gewaltszene bietet zwei wichtige Ansatzpunkte für Deeskalation: *Erstens* werden bestimmte Freizeitangebote (u. a. Billard, Kraftraum, schalldichter Probenraum, Autowerkstatt) von den Jugendlichen verfeindeter Szenen in ähnlicher Weise geschätzt. Über die vorsichtige Organisation der gemeinsamen Nutzung solcher Ressourcen können nichtgewalttätige Kontakte zwischen den Szenen entstehen. Solche Absprachen, wie auch Gewaltverzichte an bestimmten Orten (Diskos, Cafés), sind aber oft nicht sehr tragfähig. *Zweitens* ergeben sich Möglichkeiten zur Deeskalation bei Jugendlichen, die von Strafverfahren betroffen sind. Den Jugendlichen wird oft erst in solchen Situationen deutlich, daß ihre Lebensplanung durch eine Vorstrafe gefährdet wäre. Wenn StreetworkerInnen und SozialarbeiterInnen (und nicht die FAP) auf diese Ängste mit unterstützenden Angeboten reagieren, gelingt es häufig, eskalative Prozesse zu beenden.

Dritter Rahmen: Die Nazis

Die Existenz von Neo-Nazis soll keineswegs geleugnet werden. Und entgegen manchen Behauptungen gibt es auch Jugendliche und junge Erwachsene, die eine konsistente nationalsozialistische Weltanschauung vertreten. Die Mehrheit der Skins, Glatzen und sonstigen Rechten kennen jedoch allenfalls die rechten Parolen und Slogans. Trotzdem ist die Auseinandersetzung mit den extremistischen Positionen notwendig, weil rechte Organisationen für rechtsorientierte Jugendliche eine erhebliche Attraktivität besitzen.

3 Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Uwe Sander, Individualisierung und Verunsicherung, in: Jürgen Mansel (Hrsg.), Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung, München 1992, S. 54.

4 Vgl. Michael Bommes/Albert Scherr, Rechtsextremismus: Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche, in: J. Mansel (Anm. 3) S. 223.

5 Vgl. u. a. Thomas Lau, Die heiligen Narren. Punk 1976–1986, Berlin u. a. 1992; Christa Wienkoop, Zur Analyse jugendlicher Subkulturen und ihrer Entstehungsbedingungen. Dissertation, Bonn 1989.

6 Vgl. Peter Bürger, Theorie der Avantgarde, Frankfurt 1974, S. 66 ff.

Im Diskurs über die Gewalt wird stillschweigend vorausgesetzt, daß die Rechtsextremisten, wenn sie denn könnten, den historischen Nationalsozialismus in Deutschland reetablieren wollten. Weder Äußerungen aus der rechten Szene noch eine genauere Analyse rechtsextremer Positionen rechtfertigen diese Befürchtung⁷. Die Provokation von Rechtsextremen zielt – möglicherweise unbeabsichtigt – auf eine spezifische Schwachstelle dieser Gesellschaft: In Deutschland gibt es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur eine einzige legitime Sichtweise des NS-Regimes: Das Dritte Reich wird grundsätzlich von seinem Ende her beurteilt, ausgehend vom Holocaust, von den Verbrechen und Scheußlichkeiten. Ein Ereignis aus den zwölf Jahren des nationalsozialistischen Deutschland ohne den Zusammenhang mit Konzentrationslagern und Kriegsverbrechen zu diskutieren, ist verpönt. Jede Abweichung von dieser Perspektive „vom Ende her“ wird als Beleidigung der Opfer empfunden und scharf sanktioniert. Beispielhaft dafür ist das Schicksal des ehemaligen Bundestagspräsidenten Philip Jenninger, der am 9. November 1988 über das „Faszinum“ der Erfolge des Dritten Reiches für die Deutschen des Jahres 1938 gesprochen hatte. Unmittelbar darauf verlor er alle seine politischen Ämter⁸.

Doch eben dieses „Faszinum“ beschäftigt heutige Jugendliche. Sie widersetzen sich dem „Blick vom Ende her“, wenden sich statt dessen den Ereignissen, Absichten, Plänen und Phantasien des Nationalsozialismus aus den zwanziger und dreißiger Jahren zu. Dahinter habe eine richtige Idee gestanden, bei deren Realisierung allerdings Fehler gemacht wurden; das ist die Grundposition der rechtsextremen Szene. Man kann das zynisch nennen, allein private Äußerungen, vor allem der älteren Generationen zeigen, daß die Position der heutigen Rechtsextremisten keineswegs neu ist. Als private Meinung ist die „gute Idee des Nationalsozialismus, die lediglich schlecht ausgeführt wurde“ seit dem Ende des Krieges durchaus verbreitet⁹ und wurde in den Familien offensichtlich bis in die Gegenwart tradiert¹⁰. Wenn dies in neueren Umfragen kaum auftaucht, mag das daran liegen, daß die Illegitimität dieser Meinung im All-

tagsbewußtsein durchaus präsent ist. Tradiert wurde nämlich nicht nur die „gute Idee Nationalsozialismus, die lediglich schlecht ausgeführt wurde“, sondern auch der Hinweis, daß „man sowas heute ja nicht mehr sagen darf“.

Diese Position muß allerdings eine Argumentation finden, um die Mitverantwortung für die Greuel-taten der Deutschen im Dritten Reich zu verdrängen. Im Alltagsbewußtsein ist das seit den fünfziger Jahren u. a. die Behauptung, „nichts gewußt zu haben“; jeder der das Gegenteil behauptet, ist ein „Nestbeschmutzer“. Der gleichen Verdrängung dient die Aussage rechter Jugendlicher, sie hätten „damit“ nichts zu tun, weil sie damals noch nicht gelebt hätten. Und natürlich ist auch die Behauptung, Auschwitz sei eine Nachkriegserfindung, so zynisch die Auschwitzlüge im Gewand naturwissenschaftlicher Argumente auch vorgetragen wird, nichts anderes als ein Versuch, Realität zu verdrängen.

In den Positionen rechtsextremer Organisationen ist also nicht der Nationalsozialismus wiederaufgelebt, sondern ein im Alltagsbewußtsein tradierter Versuch, den Nationalsozialismus als Idee zu „retten“, indem die Massenmorde der Deutschen während des Dritten Reiches verdrängt werden. In der inhaltlichen Auseinandersetzung könnte man sich darauf konzentrieren, den rechtsorientierten Jugendlichen zutreffende Informationen über die Verbrechen des Nationalsozialismus zu vermitteln. Ich fürchte allerdings, diese Strategie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten abgenutzt. Eine andere Möglichkeit ist vielleicht, den von Philip Jenninger eröffneten Diskurs aufzunehmen. Dann wäre einerseits die Faszination nationalsozialistischer Symbole und Ideen diskutierbar, und andererseits könnte vermittelt werden, daß auch ein Nationalsozialismus ohne Auschwitz und Kriegsverbrechen keine akzeptable Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaft wäre. Eine solche Diskussion mag unerträglich und unannehmbar scheinen. Sie ist aber nötig in der Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Jugendlichen, die der Propaganda und Indoktrination rechtsextremistischer Parteien ausgesetzt sind.

Eine flankierende politische Strategie könnte sich am Verhalten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland am Ende der vierziger Jahre orientieren. Damals wurden die nostalgischen pronazistischen Einstellungen vieler Deutscher als private Meinung geduldet, aber jede Organisation dieser Haltung konsequent unterbunden¹¹. Ein ähnlich umfassendes Verbot aller rechten Organisationen

7 Vgl. Robert Harnischmacher, *Angriff von Rechts*, Rostock u. a. 1993.

8 Vgl. *Gedenken an das Pogrom vor 50 Jahren* in: *Das Parlament* vom 25. November 1988, S. 8f.

9 Vgl. Anna J. Merritt/Richard L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany*, Urbana u. a. 1970, S. 32f; dies., *Public Opinion in Semisovereign Germany*, Urbana u. a. 1980, S. 7; James F. Tent, *Mission on the Rhine*, Chicago 1982, S. 107f., 254ff.

10 Vgl. Tilmann Moser, *Die Motive der Rechtsradikalen. Der vergessene intergenerative Aspekt*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, (1993) 4, S. 203–212.

11 Vgl. A. J. Merritt/R. L. Merritt, *Public Opinion* (Anm. 9), S. 42.

würde heute zwar Ausländerfeindlichkeit und Jugendgewalt nicht sofort beenden. Doch die politische Abgrenzung nach rechts und damit die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen wären deutlich erleichtert.

Vierter Rahmen: Sozialarbeit

Michael Bommers und Albert Scherr haben zweifellos recht, wenn sie schreiben, daß „politische Entscheidungsträger ... sich durch die Förderung der Jugendarbeit als aktive Gegner des Rechtsextremismus ... inszenieren, ohne die strukturellen Grundlagen der Ausländerfeindlichkeit, Strukturen der institutionellen Diskriminierung wie die je eigenen Politikkonzepte in Frage stellen zu müssen“. Die Autoren sind aber schlecht informiert, wenn sie annehmen, die Politiker hätten „20 Millionen DM Bundesmittel für die Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen in den neuen Bundesländern, ... unabhängig von irgendwelchen Arbeitskonzepten“ spendiert¹². Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt stellt jährlich 20 Millionen DM für die Arbeit mit gewaltbereiten (links- und rechtsorientierten oder unpolitischen) Jugendlichen zur Verfügung. Und da niemand eine geschlossene, wissenschaftlich erprobte Konzeption für die Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen parat hat, mußten Konzeptionen „on the job“ entwickelt werden.

Dabei konnten natürlich Erfahrungen und Programme aus anderen Feldern der sozialen Arbeit auf das neue Problem angewandt werden. In Sachsen-Anhalt wurden Aspekte der niederschweligen Arbeit mit Heroinabhängigen auf die Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen übertragen: Dem Clean-Konzept der Drogenarbeit (der Idealtypus eines suchtfreien Lebens) entspricht in der Gewaltarbeit das Ziel der Deeskalation; die therapeutische Einzelfallhilfe der Drogenarbeit wurden in der Gewaltarbeit durch Methoden der Gruppenpädagogik ersetzt.

Der erste praktische Schritt zur Deeskalation der Gewalt ist der Versuch, über Straßensozialarbeit¹³ Kontakte zu Jugendlichen der gewaltbereiten Szenen herzustellen. Das ist schwierig, gelingt aber meist innerhalb weniger Tage oder Wochen.

Straßensozialarbeit allein ist nicht ausreichend, wengleich unverzichtbar. Die StreetworkerInnen müssen den Jugendlichen vor allem ein räumliches Angebot machen können. Meist sind getrennte Einrichtungen für linke und für rechte Jugendliche unumgänglich, wobei sich als Einstieg die Renovierung und Ausstattung eines solchen Treffs

bewährt hat. SozialarbeiterInnen und StreetworkerInnen müssen aktiv auf die Planungen und Vorhaben der Jugendlichen einwirken. Abwartendes oder inkonsequentes Verhalten wirkt in der Regel eskalierend. Durch die offene Zusammenarbeit von StreetworkerInnen und SozialarbeiterInnen der feindlichen Szenen entsteht ein neutraler Kontakt, der von den Jugendlichen als deeskalierendes „Sicherheitssystem“ erlebt und genutzt werden kann.

SozialarbeiterInnen bzw. zur Jugendarbeit motivierte Erwachsene arbeiten auf Grund ihres politischen Selbstverständnisses am liebsten mit linken Jugendlichen, mit Punks, Autonomen oder Alternativen. Deeskalation erfordert aber auch Projekte für „rechte“ Jugendliche. Dabei ist zu beachten, daß

- entsprechende Projekte gegen Mitglieder rechtsradikaler Parteien und Organisationen abgegrenzt werden, mit denen keine sinnvolle Jugendarbeit möglich ist;
- politische Propaganda in den Projekten verboten wird und
- von den Projekten keine Gewalt ausgeht.

Selbst wenn diese Normen immer wieder durchbrochen werden, sind sie als Orientierung unumgänglich. Die diffusen gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Parolen der jungen Leute, die teilweise gewalttätigen Formen der Konfliktregulierung untereinander und der vielfach hohe Alkoholkonsum können nur langfristig verändert werden.

Identifikation mit Zielen und Verhaltensmustern der Jugendlichen, die „gemütliche Kumpanei“, ist auch in linken Projekten problematisch. Bei der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen dürfen Sozialarbeiter nicht den geringsten Zweifel an ihrer Haltung aufkommen lassen. Bei allem Verständnis für die Probleme und Schwierigkeiten der Jugendlichen, bei allem Einsatz für das gemeinsame Projekt, muß immer klar sein, daß die Sozialarbeiter die rechten Einstellungen nicht teilen. Bei Gewaltanwendung müssen sie sich deutlich gegen die Jugendlichen stellen.

Bereits während der Aufbauphase können die üblichen Methoden der Jugendarbeit mit Gruppen eingesetzt werden. Regelmäßige Konzerte, Diskos, Cafés und vor allem erlebnispädagogische Maßnahmen haben sich bewährt¹⁴. Das muß gar nicht immer die Berg- oder Segeltour sein. Bereits

12 Vgl. Franz Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller, Jugendarbeit in rechten Szenen, Bremen 1993; Klaus Farin u. a., Jugendarbeit mit Skinheads, IFFJ Schriften 3, Berlin 1993.

12 M. Bommers/A. Scherr (Anm. 4), S. 219.

13 S. a. den Beitrag von Ulrich Piaszczyński in diesem Heft.

eine schlichte Reise in die Kölner Jugendherberge mit Stadtbesichtigung und kleinem Rahmenprogramm – etwa abends am Rhein sitzen – ist für links- oder rechtsorientierte Jugendliche ein ungewohntes Erlebnis, das Aufregung und auch Streß hervorruft. Die unbekannte Umgebung ist für die Jugendlichen so verunsichernd, daß neue Erfahrungen möglich werden. Solche Reisen sind allerdings auch für die Betreuer eine Herausforderung.

Die Umsetzung dieser Konzeption kann am Beispiel der Stadt U. in Sachsen-Anhalt konkretisiert werden. 1992 und 1993 stand jeweils eine Förder-summe von 90 000,- DM zur Verfügung. Davon wurde zunächst eine Stelle für Straßensozialarbeit finanziert. Dann brauchten die Jugendzentren der Stadt Mittel für sozialpädagogische Aktivitäten. Schließlich ging es darum, zwischen der Stadt und den links-autonomen Jugendlichen der ehemaligen „Molkerei“ zu vermitteln, damit wieder ein linkes Jugendzentrum möglich wurde. Trotz allem setzte sich die Gewalteskalation fort. Die eingesetzten Mittel sind eben völlig unzureichend. Die Stadt finanziert zwei Stellen für die Jugendarbeit, in den Jugendzentren arbeiten ausschließlich über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) finanzierte Kräfte, ein Streetworker reicht nicht aus für eine Stadt mit fast 40 000 Einwohnern, und mit den wenigen sozialpädagogischen Maßnahmen kann man den starken Einfluß der FAP auf die Jugendlichen in U. kaum zurückdrängen.

Angesichts dieser Situation ist zu fragen, warum nicht die großen freien Träger der Wohlfahrts-pflege die Angebotslücken in U. und anderswo füllen. Die Wohlfahrtsverbände haben dafür gesorgt, daß die Finanzierung der sozialen Arbeit in Ost-deutschland den gleichen Kriterien wie in den alten Bundesländern genügen muß. Einige der kleineren Verbände, z. B. das Christliche Jugend-dorfwerk (CJD) und der Internationale Bund für Sozialarbeit (IB), sind zunächst sehr offensiv auf-getreten und haben eine Vielzahl von Einrichtungen übernommen. Inzwischen ist die Situation fast überall so wie in U. Einrichtungen, die sich „rechnen“ (z. B. Sozialstationen, Einrichtungen mit Pflegesätzen), werden von freien Trägern über-nommen. Die kaum finanzierbare Jugendarbeit wird meist den Kommunen überlassen. Dies ist an-dererseits eine Chance für Jugendinitiativen und selbstorganisierte Gruppen, über Vereine, die von den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen als Trä-ger der Jugendhilfe anerkannt sind, selbstverwal-tete Jugendeinrichtungen zu schaffen. Dieser Weg ist nicht ganz einfach, wie das Beispiel der „Molke-rei“ in U. zeigt. Initiativen, die den Sprung schaf-fen, vor allem Projekte mit durchsetzungsfähigen Führungspersonen, arbeiten mit ABM-Kräften in Immobilien, die meist von den Kommunen be-

schafft wurden. Diese Projekte ähneln oft mehr besetzten Häusern als Jugendfreizeiteinrichtun-gen. Sie sind gezwungen, immer wieder um ihr finanzielles Überleben zu kämpfen, müssen sich mit den Nachbarn, mit der Polizei und den Angrif-fen feindlicher Cliquen arrangieren. Aber es sind die lebendigsten Jugendeinrichtungen, die ich kenne.

Die vorgestellten konzeptionellen Ansätze und die Beispiele aus der praktischen Umsetzung verdeut-lichen auch die hohen Ansprüche an die Mitarbei-terInnen in den Projekten, die mit großem Enga-gement und Einsatz diese Arbeit bewältigen. Eine berufsbegleitende Qualifizierung mit dem Ziel So-zialarbeiterIn wird vielen dieser MitarbeiterInnen allerdings verweigert. Ihr in der DDR erworbener Abschluß der 10. Klasse einer Polytechnischen Oberschule (POS), Berufsausbildung und Berufser-fahrung berechtigen bisher nicht zum Besuch einer Fachhochschule. Ausnahme- oder Über-gangsregelungen für diese Gruppe gibt es noch nicht.

Fünfter und übergreifender Rahmen: Das Gemeinwesen

Der Einsatz der staatlichen Repression, die ge-legentlich als einzig wirksames Mittel gegen die Ge-walt vorgeschlagen wird, kann die Probleme nur verschärfen. Alle Erfahrungen im Umgang mit ab-weichendem Verhalten junger Leute sprechen für diese Prognose. Die Angst vor dem Aufleben des Nationalsozialismus hat aber auch bei eher gutwil-ligen, progressiven Zeitgenossen das Feindbild eines wachsenden Rechtsextremismus hervor-gerufen, dem antifaschistischer oder wehrhaft-demokratischer – jedenfalls entschiedener – Wider-stand geleistet werden müsse. Eskalation der Gewalt wird in diesen Vorstellungen von allen Beteiligten in Kauf genommen bzw. sogar ge-wünscht¹⁵.

Deeskalation muß dort ansetzen, wo die Gewalt sichtbar wird: in den Kommunen. Es ist sinnvoll, die Zusammenarbeit von Einrichtungen der So-zialarbeit mit VertreterInnen der Administrationen (u. a. Stadtverwaltung, Justiz, Polizei) und den Medien zu organisieren. Ein „Runder Tisch“ oder eine „Arbeitsgruppe gegen Gewalt“ kann vor allem in größeren Kommunen zu schnellen Ab-sprachen führen, um Gewaltkreisläufe zu unter-brechen oder um vorhersehbare Gewaltsituationen zu entschärfen. Solche Gremien¹⁶ tragen dazu bei,

15 Vgl. u. a. Raimund Hethy/Peter Kratz (Hrsg.), In be-ster Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativis-mus und Neo-Faschismus, Göttingen 1991.

16 S. a. den Beitrag von Ulrich Piaszczyński in diesem Heft, Abschnitt 3f.

Feindbilder abzubauen und eine gemeinsame Verantwortung für die Deeskalation zu entwickeln. Als Problem erweisen sich gelegentlich Restriktionen, die den VertreterInnen aus den Verwaltungen von ihren Vorgesetzten auferlegt sind. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der geringen Bereitschaft der VertreterInnen lokaler Medien in solchen Gremien als Beteiligte und nicht nur als BeobachterInnen mitzuwirken.

Wichtig ist die politische Akzeptanz dieser Arbeit, die nicht immer populär ist. Die Förderung von Jugendlichen, die PolitikerInnen, Administrationen und BürgerInnen nur Schwierigkeiten bereiten, ist häufig nur schwer durchzusetzen. Deeskalation kostet Geld. Das fehlt nicht nur in Sachsen-Anhalt. In vielen Mittel- und Kleinstädten und in den ländlichen Gebieten können Projekte, die Gewalt deeskalieren könnten, nicht finanziert werden.

IV. Abschließende Frage: Warum filmen die Täter ihren Gewaltexzeß?

Zum Schluß soll mit den Interpretationsrahmen der Gewalt versucht werden, eines der besonders gewalttätigen und unverständlichen Ereignisse aus der „Kurzen Geschichte der Gewalt in U.“ zu erklären. Dabei zeigen sich auch Erfolge und offene Probleme der Deeskalation in U.

Der Vorfall (Täter filmen die brutale Körperverletzung von zwei Jugendlichen mit einer Videokamera) ereignet sich nicht in U., sondern in einem nahegelegenen kleineren Ort, wo bisher keinerlei Ansätze zur Arbeit gegen Gewalt vorhanden sind. Das ist durchaus typisch. Die gewaltbereiten Jugendlichen weichen aus, sobald irgendwo gegen Gewalt gearbeitet wird.

Die Täter hielten sich häufig in einem der Jugendzentren von U. auf, waren aber nicht als besonders aggressiv oder gewalttätig aufgefallen. Doch wie die Mehrzahl aller Jugendlichen hatten sie bisher

noch nicht an sozialpädagogischen Maßnahmen teilgenommen. Nach der Verhaftung wurden die Täter von einem Rechtsanwalt, den die FAP organisiert hatte, betreut. Sie waren Sympathisanten, aber keine Mitglieder der FAP. Von den anderen Jugendlichen wurde diese Betreuung als Akt der Kameradschaft interpretiert. Auf die FAP könne man sich eben verlassen. Der Videofilm von der Tat muß im Zusammenhang jugendkultureller Gewohnheiten gesehen werden. Die Jugendlichen hatten vor, den Film nach der Tat gemeinsam anzusehen und dabei – mit gehörigem Alkoholkonsum – den „Kick“ der Gewaltaktion durch die elektronische Wiederholung zu erneuern, ähnlich dem Kick eines Live-Konzerts, den man durch eine entsprechende Aufzeichnung wiederholen kann. Schließlich wird auch der Krieger-Rahmen an dieser Tat deutlich, obwohl die Opfer eher zufällig ausgesucht waren und nicht aus einer feindlichen Szene stammten. In der Gruppe haben sich nämlich die schwächsten Mitglieder, die mit unsicherem sozialen Satus, durch besondere Brutalität hervorgetan. Diese Jugendlichen werden von der Staatsanwaltschaft als Haupttäter verfolgt. Sie hatten wohl versucht, ihr Image als Kämpfer zu verbessern. Nachdem allerdings bekannt wurde, daß nicht „Feinde“, sondern normale Jugendliche zusammengeschlagen wurden, wird diese Tat von den anderen Jugendlichen eher verurteilt. Durch den Kampf gegen einen „nichtsatisfaktionsfähigen“ Gegner verliert der Krieger seine Ehre.

Das Beispiel zeigt die immanente Logik und Dynamik der Jugendgewalt, die in U. weiter eskaliert ist: Im September 1993 haben sich 100 linke und rechte Jugendliche eine zweistündige Straßenschlacht geliefert. Will man die Gewalt der verfeindeten Szenen in U. und anderswo stoppen, sind höhere Etats für Sozialarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen erforderlich. Die notwendige politische Akzeptanz für diese risikoreiche Arbeit würde zunehmen, wenn Journalisten und Politiker der Versuchung widerstehen könnten, die verbreitete Angst vor der Gewalt für die Verbesserung von Einschaltquoten und Wahlergebnissen auszuschlachten.

Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Baden-Württemberg

Ein sozialpädagogischer Ansatz zur Konfliktbearbeitung

I. Mobile Jugendarbeit

1. Zu den Hintergründen

Mobile Jugendarbeit basiert auf einem sozialpädagogischen Handlungsansatz, der unterschiedliche Methoden sozialer Arbeit innerhalb eines Gesamtkonzeptes vereint. Vier Hauptstränge – Street Work, Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit – werden dabei so miteinander verwoben, daß dieser Ansatz Möglichkeiten bietet, das jugendliche Klientel innerhalb seiner mannigfaltigen Dimensionen (Peergroup, Familie, Nachbarschaft, Schule, Betrieb, Stadtteil, Kommune etc.) ganzheitlich wahrzunehmen. Auf der Basis dieser vernetzten Sichtweise werden gemeinsam mit den Betroffenen der je spezifischen Dimension entsprechende Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten entwickelt, die sich im Idealfall aufeinander beziehen lassen. Mobile Jugendarbeit ist ein sogenannter niedrigschwelliger Arbeitsansatz; die Sozialpädagogen begeben sich direkt in die Lebenswelt der Jugendlichen und knüpfen in einer lockeren Atmosphäre auf der Straße, in der Disko oder im Park die ersten Kontakte zu diesen.

Mobile Jugendarbeit in Deutschland, speziell in Baden-Württemberg, hat eine mehr als fünfundzwanzigjährige Tradition. Sie wurde als notwendige Ergänzung zur Offenen Jugendarbeit und stationären Heimerziehung entwickelt, unter Rückbezug auf amerikanische Projekte der fünfziger und sechziger Jahre (Street Work, Community Work). Dieser Arbeitsansatz wurde in Baden-Württemberg anhand verschiedener Modellprojekte mehrfach erprobt und weiterentwickelt.

2. Zielgruppen Mobiler Jugendarbeit

Projekte Mobiler Jugendarbeit werden meist in sozialen Brennpunkten realisiert. Theoretische Basis ist eine sozialpädagogische Feldanalyse, in deren Rahmen die konkreten Ausgangsbedingungen untersucht werden. Das Konzept der Mobilen Jugendarbeit zielt in erster Linie auf delinquenzbelas-

stete oder -gefährdete Kinder und Jugendliche, die den unterschiedlichsten Problem- bzw. Verhaltenssituationen ausgesetzt sind oder waren, also Jugendliche, die sich zum Beispiel beschreiben lassen als: arbeitslos, wohnungslos, suchtgefährdet, alleingelassen, sexuell mißbraucht, geschlagen, vorbestraft, hyperaktiv, vereinsamt, bzw. Jugendliche, die durch aggressives oder autoaggressives Verhalten auffällig werden. Dabei ist Mobile Jugendarbeit – wie oben schon erwähnt – keine reine Jugendarbeit, sondern bezieht Lehrer, Eltern, Erzieher, Behörden, Nachbarn und Stadtteilbewohner in die jeweiligen Konfliktlösungsstrategien ein.

II. Der Stadtteil Parksiedlung in Ostfildern bei Stuttgart – ein sozialer Brennpunkt

In der Jugendszene in Ostfildern, unweit von Esslingen und Stuttgart, welche regional in die Jugendszene des Ballungsgebietes Mittlerer-Neckarraum einzuordnen ist, sind seit Mitte der achtziger Jahre Skinheads, Hooligans, gewaltbereite Fußballfans und Anhänger rechtsextremer Parteien verstärkt vertreten. In der Szene vermischten sich immer wieder die unterschiedlichsten Stile, Subkulturen und Organisationen bei gleichzeitiger Orientierung an der Stuttgarter Szene (Großstadt). Es war normal, daß sich in einer Gruppe neben Skinheads auch Hooligans, Anhänger rechtsextremer Parteien und „normale“ Stadtteiljugendliche zusammenfanden. Erst seit Anfang der neunziger Jahre wird innerhalb der Szene in Ostfildern Parksiedlung zwischen Skinheads, Hooligans und Anhängern rechtsextremer Parteien differenziert.

In den Jahren 1986/87 trafen sich immer wieder Skins an bestimmten Plätzen in Stuttgart, die unter dem Druck der Anwohner systematisch von der Polizei verfolgt und vertrieben wurden. Schließlich suchten sich die Skins Ausweichmöglichkeiten, um – von der Polizei ungestört – ihre Freizeit verbringen zu können.

Jugendliche der Stuttgarter Skinhead-Szene lernten über ihre Freunde aus der Parksiedlung den Herzog-Philipp-Platz in Ostfildern kennen, der zentral innerhalb der Siedlung liegt. Dort fanden die Skins zunächst einen überwachungsfreien Raum. Nach und nach verbrachten immer mehr Skinheads und deren Freunde aus dem Stadtteil und aus der Umgebung ihre Freizeit an diesem Ort. Indem sie sich mit bis zu vierzig Mann auf dem Rasen breit machten, den gesamten Platz und die umliegenden Wohnblocks mit Musik aus Autoanlagen beschallten und durch Bierdosen, Zigarettenstummel und Graffitis ihr „Revier“ auch optisch einnahmen und markierten, haben sie den Herzog-Philipp-Platz regelrecht besetzt.

Die Parksiedlung galt seit ihrer Entstehung Ende der fünfziger Jahre als sozialer Brennpunkt. Die Wohnblöcke dienten hauptsächlich dazu, Wohnraum für sozial Schwache und für Heimatvertriebene bereitzustellen. Viele der dort angesiedelten Menschen waren Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den früheren deutschen Ostgebieten. Dieses an sich schon spannungsreiche „Bevölkerungsgemisch“ wurde durch amerikanische Soldaten – eine große amerikanische Kaserne befindet sich in direkter Nachbarschaft, Luftlinie ca. 50 Meter – „angereichert“.

Die Integration der Bewohner der Parksiedlung in die umliegenden Ortschaften gestaltete sich allein schon aufgrund der räumlichen Isolation recht schwierig. Das gleiche galt für die Amerikaner in der Kaserne. Durch das gemeinsame Problem und die direkte Nachbarschaft ergaben sich zwangsläufig verstärkt Kontakte zwischen den Bewohnern der Kaserne und der Parksiedlung, was einerseits zu Annäherungen (z.B. Freundschaften, Eheschließungen), andererseits zu starken Spannungen führte. In den sechziger Jahren ging dies bis hin zu Schießereien auf offener Straße. Als in den siebziger Jahren der Herzog-Philipp-Platz zeitweise regelrecht von Rockergruppen in Beschlag genommen wurde, hatte dies ebenfalls erhebliche Auseinandersetzungen zur Folge.

Die Wohnbevölkerung der Parksiedlung fühlte sich durch die lärmenden Jugendlichen gestört. Ab und zu wurden Anwohner beim Gang zum Einkaufen von betrunkenen Jugendlichen angepöbelt. Das Outfit und das mitunter ungewöhnliche Aussehen der Jugendlichen (z.B. Tätowierungen, teils Glatze, große Muskelpakete, ungewöhnliche Bekleidung) wirkte auf viele befremdlich und bedrohlich. Bei Ruhestörungen und Sachbeschädigungen wurde immer wieder die Polizei alarmiert. Je mehr die Anwohner Angst vor den Jugendlichen hatten, um so schneller riefen sie die Polizei. Die öffentliche Hand reagierte stärker und stärker mit

Repression: verstärkten Polizeistreifen und Kontrollen, Führerscheinentzug, Heimeinweisungen, Strafverfolgung, Verurteilungen, Jugendarrest, Jugendstrafvollzug, Einzelüberwachung und stigmatisierenden Presseberichten in der regionalen und überregionalen Presse. Der Bürgermeister, die Polizei, Jugendamt, Jugendgerichtshilfe und die Staatsanwaltschaft koordinierten ein Verbundsystem der gezielten Überwachung; auch das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg wurde informiert.

III. Das Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit Parksiedlung“ des Landesjugendamtes/ Landeswohlfahrtsverbandes Württemberg Hohenzollern

1. Entstehung

Nachdem Polizei und Jugendamt im Rahmen der oben angedeuteten Möglichkeiten versucht hatten, alles zu tun, um dem Treiben der Skinhead-Gruppe in Ostfildern Einhalt zu gebieten, die Jugendgruppe sich jedoch durch neu hinzukommende Mitglieder, die sich am Herzog-Philipp-Platz niederließen und häufig ebenfalls straffällig wurden, immer wieder rekrutierte, wandten sich Polizei und Jugendamt im Herbst 1987 an die Fachhochschule für Sozialwesen (FHS) in Esslingen mit der Frage, ob man von dort Hilfestellung bekommen könnte.

An der FHS Esslingen begann man sich daraufhin mit dem Problem zu beschäftigen. Im Herbst 1987 wurde unter der Leitung des Dozenten Professor Dr. Walther Specht gemeinsam mit Studenten ein Modellprojekt konzipiert. Zwar stieß Walther Specht zunächst bei vielen Studenten auf Ablehnung – mit „Rechtsradikalen“ wollten sie nichts zu tun haben –, aber nach der Lektüre von Wilhelm Heitmeyers damals gerade erschienenem Buch „Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen“¹ wurde ein Ansatz gefunden, der sich an dem Konzept der Mobilien Jugendarbeit, unter besonderer Berücksichtigung der Skinheads als Zielgruppe, orientierte.

Die praktische Umsetzung des theoretischen Konzeptes erfolgte durch zwei Hochschulabgänger der Universität Tübingen (Institut für Erziehungswis-

¹ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Bielefeld 1987.

senschaft) – den Autor dieses Beitrages und die Diplompädagogin Heike Füssenhäuser. Erste Abstimmungsgespräche, die wir mit dem Jugendamt Esslingen führten, mündeten in einen Förderantrag für ein Modellprojekt an das Landesjugendamt. Da die Erfahrungen der Mobilen Jugendarbeit mit öffentlichen Trägern eher negativ waren, bemühten wir uns darum, einen freien Träger vor Ort zu finden, der sich dieses Projektes annahm. Ein kleiner, noch junger Verein – der „Bürgerverein Parksiedlung e.V.“ –, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, die bauliche und soziale Infrastruktur der Parksiedlung zu verbessern, kam dafür in Frage. Parallel dazu mußte die Planung der Finanzen erfolgen, was Verhandlungen mit der Kommune Ostfildern, mit dem Landkreis Esslingen und mit dem Arbeitsamt notwendig machte. Am 1. Juli 1988 war es schließlich soweit: Die Finanzierung war zugesichert, wir wurden offiziell als Mitarbeiter eingestellt, der „Bürgerverein e.V.“ hatte die Trägerschaft übernommen². Zwischenzeitlich hatten wir zudem erste Kontakte zu den Jugendlichen geknüpft.

2. Umsetzung

Die Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen aus der Parksiedlung gelang über eine „Schlüsselfigur“, einen der „informellen Führer“ der Jugendgruppe. Mit ihm und weiteren Jugendlichen verabredeten wir uns gemeinsam mit Professor Dr. Walther Specht in einer Kneipe namens „Café“. Bei diesem ersten gemeinsamen Treffen kamen bereits ausführliche Gespräche über die Situation der Jugendlichen in Gang. Einige berichteten über die Raumknappheit, einige über ihre Angst vor dem Strafvollzug, andere über die Probleme mit den Anwohnern. Es wurde deutlich, wie stark sich die Jugendlichen ausgegrenzt fühlten. Sie sagten zu uns: *„Ihr seid die ersten Erwachsenen, die sich zu uns an den Tisch setzen und uns fragen, was wir wollen. Alle anderen sagen uns immer nur, was wir nicht dürfen!“*

2 Das Projekt Mobile Jugendarbeit wurde über eine Mischfinanzierung realisiert. Die notwendigen Gelder kamen vom Landesjugendamt, vom Landkreis Esslingen, von der Stadt Ostfildern, von der Evangelischen und Katholischen Kirche, vom Arbeitsamt, Bußgelder vom Amtsgericht, Spenden und Zuschüsse von Stadt-, Kreis- und Landesjugendringen und von Stiftungen. Die Stadt Ostfildern trägt inzwischen den größten Anteil der Kosten. Für die Trägerschaft wurde 1992 eine BGB-Gesellschaft gegründet mit mehr als sieben verschiedenen Gesellschaftern (alle juristische Personen), wie z. B. Bürgerverein, Kirchengemeinden und Kommune. Mit der regionalen Polizeibehörde wurden gezielte Absprachen getroffen zur Durchführung des Projekts. Die Jugendlichen wurden darüber informiert. Zur fachlichen Begleitung wurde die ersten drei Jahre ein Fachbeirat gebildet mit Fachleuten der Jugendhilfe. Die Mitarbeiter hatten darüber hinaus regelmäßige Praxisberatung bei einer erfahrenen Kollegin von der Mobilen Jugendarbeit Stuttgart-Birkach/Plieningen.

Nach diesem ersten Treffen besuchten wir die Jugendlichen mindestens einmal wöchentlich am Herzog-Philipp-Platz. Die Gespräche fanden dann in lockerem Rahmen auf der Parkbank, auf dem Rasen, auf der Straße oder in der Kneipe statt. Nach und nach konnten wir Kontakte zur ganzen Gruppe herstellen. Die ersten Kommunikationsformen waren Blickkontakte, formelle Begrüßung wie „Guten-Tag-Sagen“ oder Händeschütteln. Es genügte auch, nur so dabeizustehen, vielleicht etwas zu trinken, eine Zigarette zu rauchen. In den ersten zwei Monaten unserer Arbeit waren wir an vier Abenden in der Woche jeweils von 18 bis 22 Uhr mit den Jugendlichen in der Kneipe oder auf dem Herzog-Philipp-Platz.

Am Anfang waren die Jugendlichen sehr mißtrauisch. Sie wollten zwar für sich einen Raum – als Jugendtreff und Fitneßraum zum Trainieren –, aber uns, die Sozialpädagogen, die ihnen bei der Umsetzung dieser Wünsche helfen wollten (bspw. Anträge schreiben, Vorlagen für die Gemeinderatssitzung erarbeiten, mit den Stadträten verhandeln, mit der Polizei sprechen) wollten sie nicht. Auf das Projekt ließen sie sich nur ein, weil sie hofften, auf diese Weise ihren Raum zu bekommen. Aber die Jugendlichen blieben skeptisch: *„... hier hat sich dreißig Jahre lang nichts verändert, da werdet ihr auch nichts verändern!“* hieß es. Diejenigen, mit denen wir von Anfang und regelmäßig in Kontakt waren, ließen sich schließlich überzeugen, es auf einen Versuch ankommen zu lassen. Diese Jugendlichen stellten sich nach und nach auf unsere Seite und unterstützten das geplante Vorhaben.

Von Beginn an spielte das gegenseitige Abtasten, auch der politischen Orientierungen, eine große Rolle. Wir versuchten nicht, unsere Meinungen zu verbergen, stellten sie allerdings auch nicht in den Vordergrund. Die Jugendlichen waren übrigens sehr daran interessiert, uns ihre Auffassungen zu bestimmten Themen nahezubringen, und immer wieder fragten sie uns, wie wir darüber dächten. Das betraf solche brisanten Themen wie die Aufnahme von Asylbewerbern, die Wohnungsproblematik, Aussiedlerzuwanderung, die Drogenproblematik, Kriminalität von Ausländern u. a. m. Unsere Schwierigkeit bestand darin, konstruktive Diskussionen mit der Gruppe zu führen, dabei jedoch Verhärtungen möglichst zu vermeiden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, den Jugendlichen nicht das Gefühl der absoluten Ohnmacht gegenüber den *Worten* des Sozialpädagogen zu geben, was unter Umständen zu einer Verlagerung der „Diskussion“ auf eine andere, die nonverbale Ebene des Handelns mit den „Argumenten“ der Faust führt. Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß Jugendliche in solchen Fällen nicht

einfach losschlagen; es erfolgt vorher immer eine Warnung etwa in diesem Stil: „Hör jetzt auf, du nervst“ – oder „Dein Gesülze geht mir auf den Geist.“

Viele Erwachsene, auch Sozialpädagogen, sind in einer heftigen Diskussion über politische Ziele jedoch so stark emotional beteiligt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, diese Warnungen wahrzunehmen und zu beachten. Dies führt dann nicht selten zu Aggressivität auf seiten der Jugendlichen, die schnell unkontrollierbar werden kann; die Erwachsenen fühlen sich bestätigt in ihrem Vorurteil über diese „kriminellen, aggressiven Radikalen“, mit denen man keine Diskussion führen kann. Sie merken nicht, daß sie selbst der Auslöser für die Aggressionen waren. Wird dagegen die Diskussion nach den ersten „Warnsignalen“ abgebrochen, läßt sich der Gesprächsfaden meist am nächsten Tag wieder knüpfen.

Nach den ersten Treffen wurden wir einer Reihe von „Tests“ unterzogen, die dazu dienten, unsere Integrität sicherzustellen. Die Jugendlichen suchten auf diese Weise herauszufinden, ob wir nicht vielleicht doch Polizeispitzel seien oder ob wir sie „politisch missionieren“ wollten. Sie wollten wissen, ob wir sie akzeptieren oder ob wir bestimmte Angaben etwa über fingierte Straftaten weiterleiten würden, ob und wie man uns provozieren könnte und welche Reaktionen wir zeigen würden. Nachdem wir ungefähr zwei, drei Monate lang immer wieder mit angeblich geplanten Überfällen auf Türken und mit abscheulichen Juden- und Türkenwitzen konfrontiert worden waren und uns trotzdem noch regelmäßig am Herzog-Philipp-Platz einfanden, ohne jedoch jemals selbst rechtsextremen Äußerungen zuzustimmen, änderte sich die Situation. Zunehmend standen jetzt nicht mehr politische Bekenntnisse im Vordergrund; die Jugendlichen bezogen uns nun mehr und mehr in die Diskussion ihrer Alltagsprobleme ein. Probleme aus dem Freundes- und Familienkreis, Probleme mit Polizei und Justiz, Probleme am Arbeitsplatz und in der Schule usw., also die Probleme, die die Jugendlichen tagtäglich beschäftigten, wurden schließlich Gegenstand der Unterhaltungen. Nun hatten wir einen idealen Ausgangspunkt für gezielte Einzelfallhilfen.

3. Projektarbeit

a) Einzelfallhilfe

Auf der Basis der Kontakte auf der Straße und in der Kneipe faßten die Jugendlichen nach und nach Vertrauen zu uns. Sie erzählten uns von ihren Problemen oder von den Problemen anderer Jugendlicher. Vielfach geschah dies zunächst einfach um

des Erzählens willen; wir waren nicht gefragt als die „professionellen Helfer“, sondern als Erwachsene, die einfach mal zuhörten und eventuell ihre Meinung dazu sagten. Als wir dann mit einigen Jugendlichen erste Versuche der Einzelfallhilfe – Jobsuche, Gespräche mit Jugendgerichtshilfe, Begleitung zu Gerichtsverhandlungen usw. – unternahmen, stießen wir zunächst auf große Skepsis. Zwar nutzten die Jugendlichen gern den Vorteil, daß wir ein Auto hatten und sie zu den entsprechenden Terminen hinfahren konnten, aber sie glaubten nicht, daß wir ihnen helfen könnten, an ihrer verfahrenen Lebenssituation etwas zu ändern. Als jedoch einige Jugendliche konkrete Verbesserungen durch unsere Beratung und Begleitung erfahren hatten, was sich langsam in der Gruppe herumsprach, wurden wir verstärkt bei Problemen zu Rate gezogen.

b) Entwicklung alternativer Freizeitangebote

Um delinquenten Handlungen und der oft belastenden Langeweile entgegenzuwirken, war es von Anfang an sehr wichtig, alternative Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit zu finden und gemeinsam mit den Jugendlichen zu entwickeln. Die kleinsten Hinweise aus der Gruppe griffen wir auf, versuchten die Jugendlichen zu animieren und zu motivieren, sich auf neue geplante Formen der Freizeitgestaltung einzulassen und sie mitzugestalten. In der Folge entstanden daraus eine Reihe von sozial anerkannten Freizeitaktivitäten, die mit Spaß, Action und Spannung verbunden waren, ohne den negativen Beigeschmack krimineller Handlungen zu haben. Wir veranstalteten gemeinsam mit den Jugendlichen Wochenendfahrten, Fußballturniere, Dart-Turniere, Skatturniere, Parties, Silvester- und Faschingsfeten, Freizeiten und Tagesausflüge. Nach anfänglichem Zögern wirkten mehr und mehr Jugendliche begeistert an den Aktionen mit.

c) Stabilisierung der Gruppe

Neben der Einzelfallhilfe und der Gestaltung der Freizeitaktivitäten versuchten wir, die bestehende Gruppe zu stabilisieren und zu stärken, zogen doch die einzelnen Jugendlichen viel Positives aus der Zugehörigkeit zur Gruppe: Akzeptanz der eigenen Person, das Gefühl der Geborgenheit innerhalb eines Schutzraumes, soziale Anerkennung, das Gefühl der Macht anstelle von Ohnmacht, die Möglichkeit, bestimmte Rollen einnehmen zu können etc. Durch die etwa auf unsere Anregung durchgeführten Vollversammlungen, die zwar anfangs ausgesprochen chaotisch verliefen, deren Ablauf sich aber bald normalisierte, erlernten die Jugendlichen demokratische Umgangsformen: Jeder kann mitreden und jeder kann mitbestimmen.

Die Besprechungen haben einen hohen Grad an Verbindlichkeit. Wir haben zudem erreicht, daß auch Schwächere ihre Meinung einbringen können. Die Vollversammlungen der Gruppe stellen eine wichtige Ausgangsbasis für die Planung und Durchführung von Freizeit dar.

d) Gemeinwesenarbeit

Da wir die ersten zwei Jahre in Ermangelung geeigneter Clubräume hauptsächlich in den beiden zentral gelegenen Kneipen am Herzog-Philipp-Platz arbeiteten, bekamen wir viele Kontakte zu Erwachsenen, auch zu den Eltern der Jugendlichen. Ein Großteil der Stammgäste hatte erhebliche Vorurteile gegenüber dem „Bürgerverein Parksiedlung e.V.“, dem Träger, bei dem wir angestellt waren, wodurch eine Reihe von Anknüpfungspunkten für ausführliche Gespräche gegeben waren. Dabei mußten wir enorme Kommunikationsblockaden zwischen den verschiedenen Milieus in der Parksiedlung feststellen.

Mit dem Ziel der Verbesserung der Kommunikation wirkten wir im Rahmen unseres Projektes beim jährlich stattfindenden Stadtteilfest mit. Es gelang uns, von Jahr zu Jahr mehr Jugendliche und deren soziales Umfeld in die Planung und Gestaltung dieser Veranstaltung einzubinden. Der „Bürgerverein Parksiedlung e.V.“ und seine Mitglieder – Rechtsanwälte, Selbständige und Angestellte – waren zunächst die Hauptinitiatoren dieses „Gemeinwesenspektakels“. Über die Planung und Umsetzung des Festes kam es tatsächlich zu einer gewissen Aufhebung der „Sprachlosigkeit“, wengleich natürlich die je spezifischen, einander fremden Gewohnheiten und die festverankerten Vorurteile auf beiden Seiten immer wieder für Kommunikationsprobleme sorgten.

e) Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Die Parksiedlung Ostfildern hatte jahrzehntelang eine schlechte Presse. Immer wieder war sie als sozialer Brennpunkt in die Aufmerksamkeit der Region gerückt worden. Entsprechend hafteten Vorurteile auch an den Personen, die in der Parksiedlung aufwuchsen: „Was, du kommst aus der Parksiedlung, na da kommt nichts Gutes her!“ Mit solchen und ähnlichen stigmatisierenden Sprüchen wurden viele Jugendliche konfrontiert. Durch das Auftreten der Skinheads bekam die Parksiedlung erneut ein negatives Stigma: „Dort sind die rechtsradikalen Schläger!“ Der „Bürgerverein Parksiedlung e.V.“ versuchte, dem durch eine eigene Stadtteilzeitung entgegenzuwirken, in der die Probleme der Parksiedlung aufgegriffen und im Spannungsfeld von Bürgern, Gemeinderat und Verwaltung diskutiert wurden. Wir konnten an der Gestaltung

dieser Zeitung mitwirken und über Aktivitäten der Mobilien Jugendarbeit berichten. Zugleich versuchten wir, durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit die positiven Aktivitäten von Jugendlichen aus der Parksiedlung in die Presse zu bringen, was uns häufig gelang, da die örtlichen Zeitungen einen relativ umfangreichen Regionalteil besitzen und Meldungen wie „Skinheads und Arzt verkaufen gemeinsam Steaks und Würstchen“ eine gewisse Medienwirkung versprochen. Durch diese offensiv betriebene Öffentlichkeitsarbeit erschienen mit einem Male Berichte über die sozial anerkannten Aktivitäten der Jugendlichen in den Zeitungen. Sie konnten sich plötzlich mit positiven Schlagzeilen in der Presse wiederfinden, durch die ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, Selbstwertgefühl zu entwickeln, und zwar aufgrund von positiven Aktivitäten, nicht – wie bisher – aufgrund von Meldungen über Straftaten.

f) Kooperation und Vernetzung

Um dem ganzheitlichen Ansatz der Mobilien Jugendarbeit gerecht zu werden, ist es notwendig, mit den unterschiedlichsten sozialen Einrichtungen zu kooperieren und eine effektive Vernetzung zugunsten der betroffenen Jugendlichen aufzubauen. Bereits 1958 wies Walter B. Miller darauf hin, daß das größte Hindernis einer effektiven Jugendhilfe die inner-institutionellen Konflikte der Jugendhilfeeinrichtungen und ihre durch Konkurrenz bedingte gegenseitige Behinderung seien³. Auch heute ist die Situation innerhalb der Jugendhilfe noch zu stark geprägt von Konkurrenz anstelle von Kooperation, von Abgrenzungen anstelle von Öffnung und Kommunikation. Mit Hilfe eines Stadtteilarbeitskreises, dem Angestellte aller wichtigen sozialen Institutionen angehörten, haben wir in der Parksiedlung versucht, diesen Zustand zu verändern⁴. So bemühten wir uns beispielsweise,

3 Vgl. Walter B. Miller, Inter-Institutional Conflict as a Major Impediment to Delinquency Prevention, in: Human Organisation, 17 (1958) 3, in: Walter Specht, Jugendkriminalität und mobile Jugendarbeit, Neuwied-Darmstadt 1979, S. 17.

4 Insgesamt suchten wir die Kommunikation und Kooperation mit Jugendgerichtshilfe, Jugendamt, Sozialamt, Bewährungshelfern, Jugenddezernat der Polizei, Allgemeinem Sozialen Dienst, Sonderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, Kindergärten, Ev. und Kath. Kirchengemeinde, Sportvereinen, Technischem Hilfswerk, Bürgervereinen, Ordnungsamt, Verwaltung der Kommune, Hochbauamt, Friedhofs- und Gartenbauamt, Gemeinderat, Jugendhaus, Übergangwohnheim für Spätaussiedler, Ökumenischem Arbeitskreis, Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen, Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälten, Arbeitsamt, Internationalem Bund für Sozialarbeit, Diakonischem Werk, Deutschem Roten Kreuz, Landkreisverwaltung, Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit Baden-Württemberg, Landesjugendamt, Landtagsfraktionen, Stadtjugendring, Kreisjugendring.

gemeinsame Aktionen – etwa Kinderfeste – zu planen und zu organisieren, wodurch die Kooperation konkrete Ansatzpunkte bekam. Die vielfältigen Beziehungen, die wir durch unsere Bemühungen um Vernetzung knüpfen konnten, erwiesen sich als vorteilhaft bei der Regelung aller Angelegenheiten, in denen wir uns für die Belange der Jugendlichen bzw. für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzten. Dieser Prozeß entwickelte schließlich Eigendynamik: Einige der in Anmerkung 4 aufgeführten Institutionen entwickelten, nachdem wir sie mit den Problemen in der Parksiedlung konfrontiert hatten, eigene Aktivitäten, um bestimmte Probleme zu entschärfen.

Bereits sechs Monate nach Arbeitsbeginn, also ca. neun Monate, nachdem wir erste Kontakte zu den Jugendlichen geknüpft hatten, gab es erste Anzeichen für eine Entspannung der Situation in der Parksiedlung: Die Jugendlichen wählten demokratisch eine Art Clubrat, nahmen aktiv am Stadtteilsteil teil, die Polizei mußte nicht mehr ständig präsent sein, die Schwere und Häufigkeit von Straftaten der Jugendlichen in der Parksiedlung ging laut Statistik der Jugendgerichtshilfe zurück; ebenfalls zurückgegangen ist die Zahl der Heimunterbringungen. Das Verhältnis zwischen Anwohnern und Jugendlichen zeigte erste Verbesserungen. Dies waren hoffnungsvolle Anzeichen für einen erfolgreichen Start des Projektes. In den folgenden Jahren mußten die Mitarbeiter und auch die Jugendlichen immer wieder teils leichte, teils aber auch schwere Rückschläge einstecken. Allen Widerständen zum Trotz konnte sich das Projekt Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen jedoch bis zum heutigen Tag nicht nur halten, sondern sogar stabilisieren. Welche mittel- bis langfristigen Auswirkungen das Projekt aus unserer Sicht hat, soll abschließend dargestellt werden.

IV. Schlußbetrachtungen

1. Kann die Sozialpädagogik im Bereich der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen erfolgreich sein?

Wir meinen ja. Allerdings ist bei der Konzeption entsprechender Projekte sehr großer Wert auf die vorfindbaren Rahmenbedingungen zu legen.

Im Falle der Mobilen Jugendarbeit Parksiedlung waren diese nahezu ideal: Wir fanden ein klar abgegrenztes, kleines, überschaubares Wohngebiet mit nur ca. 3.500 Einwohnern vor, konnten

einen engagierten Bürgerverein für die Trägerschaft gewinnen, eine Stadtteilzeitung als ideales Medium zur Übermittlung von Ideen an die Wohnbevölkerung war vorhanden, es gab informelle Gruppenführer, die ein gewisses Verständnis für soziale Ursachen bestimmter Problemlagen hatten; die Projektmitarbeiter besitzen eine gute Ausbildung und wurden durch erfahrene Kollegen aus Stuttgart sowie durch einen qualifizierten Fachbeirat – bestehend aus Mitarbeitern der FHS Esslingen, des Landesjugendamtes/Landeswohlfahrtsverbandes Württemberg-Hohenzollern, des Kreisjugendamtes Esslingen und des Diakonischen Werkes Württemberg – unterstützt. Ein Teil der notwendigen Rahmenbedingungen war nicht vorhanden, sondern mußte erst mühsam aufgebaut werden. Im Folgenden möchten wir einige Ergebnisse des Projektes darstellen, müssen jedoch einschränkend darauf hinweisen, daß nicht alle der beschriebenen Entwicklungen auf die von der Mobilen Jugendarbeit initiierten Prozesse zurückzuführen sind, sondern daß sie zum Teil auch als eine quasi natürliche Folge des Erwachsenwerdens der Kinder und Jugendlichen betrachtet werden können.

2. Zu den Auswirkungen der Projektarbeit

a) Jugenddelinquenz

Im Zeitraum von Juli 1988 bis Juli 1993 hat die Jugenddelinquenz in der Parksiedlung Ostfildern, insgesamt gesehen, abgenommen. Sowohl die Zahl der Anzeigen gegen Jugendliche als auch die der Verurteilungen war rückläufig. Dies konnten wir den Statistiken der Jugendgerichtshilfe und Aussagen der Polizei entnehmen. In den ersten eineinhalb Jahren erhöhte sich zwar die Zahl der Straftaten noch leicht, sank aber gegen Ende 1989 auf ein Niveau, das – gemessen an der Jugendgerichtshilfestatistik – unter dem Durchschnitt liegt. Auch die Zahl der Verurteilungen stieg noch bis 1989 an, blieb auch 1990 noch auf einem relativ hohen Niveau, sank danach jedoch auf ein durchschnittliches Maß. Dies läßt sich auf den oft sehr langen Zeitraum (der bis zu zwei Jahre betrug), der zwischen Anzeige und Gerichtsverhandlung mit anschließender Verurteilung lag, zurückführen. Von den ca. 30 bis 40 Jugendlichen der Gruppe waren 16 vorbestraft, davon zwölf wegen schwerwiegender Vergehen wie schwerer Raub, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, schwere Körperverletzung und fahrlässige Tötung. Von den Vorbestraften mit Bewährung haben alle bis auf zwei Jugendliche ihre Bewährungszeit erfolgreich überstanden. Bei einem Jugendlichen läuft sie noch, ein anderer hat so massiv gegen die Auflagen verstoßen, daß er wohl mehrere Jahre im Strafvollzug verbringen muß.

b) Politische Orientierung

Die Jugendlichen der Parksiedlung Ostfildern bezeichnen sich nach fünf Jahren Projektarbeit nach wie vor als rechtsorientiert; wir würden sie sogar eher als rechtsextrem orientiert bezeichnen. Ihre Art zu reden hat sich kaum verändert, worauf sie sehr stolz sind: „*Uns kann man nicht umkrempeeln!*“ – „*Wir haben unsere feste Meinung, da nützt auch Mobile Jugendarbeit nichts!*“

Wenn wir allerdings das Leben einiger Jugendlicher einmal etwas genauer betrachten, so kommen wir doch zu der Vermutung, daß sich im Denken dieser Jugendlichen etwas verändert hat. Gewalt wird nicht mehr als „Allheilmittel“ zur Konfliktbewältigung betrachtet. Für einige der ehemals Jugendlichen, die, als wir sie kennenlernten, keinerlei Perspektive hatten, die vorbestraft, arbeitslos, nicht krankenversichert waren, keinen festen Partner, keinen Führerschein, keine Ausbildung, keine eigene Wohnung, kein eigenes Zimmer, kein eigenes Einkommen besaßen, hat sich viel verändert: Sie haben heute eine Ausbildung, einen festen Job, ein geregeltes Einkommen, einen festen Partner, eine eigene Wohnung, keine Bewährungsauflage, einen Führerschein und ein Auto. Auch sind ihre politischen Meinungen nicht mehr ganz so radikal – und die Gefahr, daß die ehemaligen Skinheads in eine rechtsextreme Partei eintreten oder dort gar aktiv mitarbeiten werden, ist wesentlich geringer zu veranschlagen. Mehr noch – einige der Jugendlichen, die wir betreut haben, sind inzwischen aus rechtsextremen Parteien ausgetreten.

c) Ausbildung

Eine gute Berufsausbildung hat eine enorme Bedeutung für die Zukunft Jugendlicher, für ihre spätere Integration in die Gesellschaft. Aus diesem Grund legten wir großen Wert auf die Unterstützung der Jugendlichen bei Ausbildungs- und Berufsfragen. Voraussetzung dafür, daß wir diese Hilfe überhaupt leisten konnten, war die oben beschriebene Stabilisierung der Persönlichkeit der Jugendlichen. Soweit sie gelang, gab es auch positive Ergebnisse im Bereich der Ausbildung. Nach vier Jahren konnten wir bei 17 von insgesamt 20 beobachteten Ausbildungsverläufen deutliche Fortschritte feststellen. Jeder der 17 Jugendlichen hatte sich auf folgender aufsteigender Skala um eine Stelle verbessert: 1. Strafvollzug; 2. arbeitslos; 3. Gelegenheitsarbeiter; 4. Hilfsarbeiter; 5. Berufsvorbereitungsjahr oder andere Integrationshilfen in die Arbeitswelt; 6. Lehre/Ausbildung; 7. abgeschlossene Lehre; 8. Facharbeiter oder Angestellter; 9. zweiter Bildungsweg z.B. Fachabitur.

d) Familie

Aus innerfamiliären Konflikten der Jugendlichen der Parksiedlung Ostfildern, über die wir gelegentlich in Kenntnis gesetzt wurden, versuchten wir uns in der Regel herauszuhalten. In einigen Fällen wurden wir jedoch um Rat gebeten, entweder von den Jugendlichen selbst oder von deren Eltern. Gewöhnlich führten wir dann mit beiden Seiten Einzelgespräche, um im Anschluß daran ein Treffen mit allen Beteiligten herbeizuführen. In vielen Fällen hatte dies eine mittelfristig entspannende Wirkung, in einigen Fällen konnten die Konfliktpunkte – Ausbildung des Jugendlichen, Gerichtsverfahren, Wohnung, Strafvollzug etc. – so bearbeitet werden, daß Lösungen gefunden wurden.

e) Psychosoziale Entwicklung der Jugendlichen

Die oben beschriebene Mitwirkung im Projekt Mobile Jugendarbeit Parksiedlung – Freizeitaktivitäten, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit – hat bei vielen Jugendlichen auch eine Verbesserung ihrer psychosozialen Entwicklung bewirkt. Darauf kann hier nur stichwortartig verwiesen werden: Die integrierten Jugendlichen zeigten sich bspw. stärker motiviert, eine Ausbildung zu absolvieren oder die Bewährungsauflagen durchzuhalten, ihr Selbstbewußtsein und die Frustrationstoleranzen nahmen zu, sie zeigten mit einem Male ein stärkeres Engagement für andere, z.B. jüngere Jugendliche, waren zur Übernahme von Verantwortung bereit, änderten ihr Selbstbild usw.

f) Auswirkungen im Bereich der Freizeitgestaltung

Nach zwei Jahre zähen Ringens mit der Stadtverwaltung wurde den Jugendlichen und der Mobilien Jugendarbeit 1990 direkt am Herzog-Philipp-Platz ein Gebäude als Jugendtreff zur Verfügung gestellt. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten (Aneignung durch Zerstörung) übernahmen die Jugendlichen Verantwortung für die Renovierung und den jugendgerechten Um- und Ausbau des Gebäudes. Wir Sozialpädagogen fungierten dabei eher als Berater, denn als Jugendtreffleiter. Allerdings verlangten wir klare Absprachen mit dem Clubrat. Einige Jugendliche, die älter als 18 Jahre waren, wurden als Vertrauenspersonen gewählt und erhielten jeweils einen Schlüssel. Trotz einiger Rückschläge und Schwierigkeiten hat sich dieses System inzwischen seit mehr als drei Jahren bewährt. Die jüngeren Jugendlichen können zweimal pro Woche gemeinsam mit den Projektmitarbeitern einen eigenen Clubabend dort gestalten, den Rest der Woche können die älteren Jugendlichen den Raum zur Freizeitgestaltung nutzen, unter Einhaltung

der gemeinsam entworfenen und vom Clubrat verabschiedeten Hausordnung.

g) Wohnumfeld

Während der Renovierung des Jugendtreffs entwickelte sich bei uns die Idee, das Umfeld des Treffs, die kleine Ladenzeile nebenan, einzubeziehen. Sie war äußerst unansehnlich und über und über mit Graffiti beschmiert. Unter der Annahme, daß die Jugendlichen ein berechtigtes Bedürfnis zur Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes haben, führten wir Gespräche und Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, mit den Jugendlichen und mit den Ladenbesitzern. Im Ergebnis stand eine sehr erfolgreiche Säuberungs- und Renovierungsaktion mitten im Zentrum der Parksiedlung. Jugendliche und Eltern erneuerten gemeinsam den kompletten Fassadenanstrich der Ladenzeile. Schließlich wurden auch noch mit Hilfe einer Spezialtechnik verschiedene Bilder an den Fronten des Jugendtreffs und eines Friseursalons angebracht. Diese Fassaden sind von den Jugendlichen nicht mehr besprüht worden.

h) Prophylaxe

Seit Anfang 1989 gibt es in der Parksiedlung Ostfilbern von der Mobilien Jugendarbeit entwickelte Freizeitangebote für die neu zur Gruppe hinzustößenden Jugendlichen. Fußballturniere werden besucht und durchgeführt, einmal die Woche wird ein Sportnachmittag in der Schulsporthalle organisiert, und zweimal wöchentlich ist der Jugendtreff für die jüngeren, zum Projekt Mobile Jugendarbeit gehörenden Jugendlichen geöffnet. Eine Gruppe von ungefähr acht Jungen und vier Mädchen wird von uns seit ca. fünf Jahren betreut. Diese ehemals elf- bis dreizehnjährigen Jugendlichen sind heute sechzehn bis achtzehn Jahre alt. Die intensive Betreuung hatte insofern eine stark vorbeugende Wirkung, als keiner dieser von der Mobilien Jugendarbeit betreuten Jugendlichen Skinhead geworden ist und die Quote der verübten Straftaten sich auf relativ durchschnittlichem Niveau bewegt.

Bei einer vergleichbaren Gruppe im Nachbarstadtteil, die nicht betreut wurde, eskalierten Jugenddelinquenz und Gewalt dagegen signifikant. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde dort inzwischen ein ähnliches Projekt gestartet.

3. Resümee

Vieles mußte in diesem Beitrag unerwähnt und ausgespart bleiben, wie z.B. die Rolle der Mädchen, die genauere Darstellung des alltäglichen Umgangs mit den Jugendlichen, die Bewältigung und die Art der Anforderungen, mit denen Sozialpädagogen konfrontiert waren etc. Wir hoffen dennoch, daß dieser Beitrag ein wenig dazu anregt, darüber nachzudenken, welche Chancen in sozialpädagogischen, gemeinwesenorientierten Ansätzen für die Konfliktbearbeitung und -lösung wie z.B. der Mobilien Jugendarbeit liegen. Mit Blick auf die enorm angestiegene Gewalt gerade von rechtsextrem orientierten Jugendlichen sollte dieses Feld nicht einfach Polizei und Justiz überlassen werden. Da wir uns immer wieder damit auseinandersetzen mußten, daß die Jugendlichen in der Parksiedlung angeblich gar nicht so extrem und so gewalttätig gewesen seien, möchte ich hier noch kurz klarstellen: Einige der von uns betreuten Jugendlichen sorgten in der Vergangenheit immer wieder für Schlagzeilen (erster Verhafteter der Fußball-WM in Italien, Randalen in Fußballstadien, Mord an einem Ausländer), und einige waren Mitglied in rechtsextrem orientierten Parteigruppierungen wie Freiheitliche Arbeiter Partei (FAP) oder Nationalistische Front (NF). Daß die Arbeit mit diesen Jugendlichen trotzdem in gewissem Sinne erfolgreich verlaufen ist, ist aus unserer Sicht ein kleiner Hoffnungsschimmer. Natürlich kann und darf deshalb Jugendhilfe nicht als Allheilmittel gegen Rechtsextremismus angepriesen werden. Das wäre unangemessen angesichts der vielfältigen Ursachen für rechtsextremes Gedankengut in unserer Gesellschaft⁵.

⁵ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Kurt Möller in diesem Heft.

Kurt Möller: Zusammenhänge der Modernisierung des Rechtsextremismus mit der Modernisierung der Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/93, S. 3-9

Ausgangspunkt des Beitrages ist das offensichtliche Ungenügen bisheriger gesellschaftlicher Strategien der Abwehr des (wieder) aufkeimenden Rechtsextremismus. Hier wird argumentiert, daß seine Ursachen nicht zuletzt in der Ignoranz oder in einer nur oberflächlichen Wahrnehmung der neuartigen Konturen des aktuellen Rechtsextremismus liegen. Insbesondere wird seine Modernisierung nicht im Zusammenhang mit der Modernisierung der Gesellschaft betrachtet. Indem die Schattenseiten ihrer Tendenzen zur Individualisierung, Rationalisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung auf ihren Zusammenhang mit gegenwärtig vorfindlichen Ausprägungen rechtsextremer Orientierungen geprüft werden, ergeben sich neue Perspektiven der Bewertung des Problems. Sie lassen die Tiefendimensionen erfolgsorientierter politisch-pädagogischer Bearbeitungen erahnen.

Manfred Pabst/Klaus-Dieter Schuster: Jugend – Gewalt – Extremismus in Sachsen-Anhalt: Ergebnisse eines Forschungs- und Bildungsprojektes

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/93, S. 10-15

Auf der Grundlage von Gesprächen mit etwa 450 Jugendlichen verschiedener Alters- und Bildungsstufen wurden Untersuchungen mit dem Ziel durchgeführt, alltägliche Quellen der Herausbildung von Gewaltbereitschaft zu erkennen. Im Mittelpunkt standen Fragen der jugendspezifischen Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft, des Umgangs Erwachsener mit Jugendlichen, Fragen der politischen Selbsteinordnung sowie Haltungen zur Gewalt und Erfahrungen im Umgang mit dieser. Parallel dazu wurden die Ergebnisse ständig in Bildungsveranstaltungen, vor allem bei der Lehrerfortbildung, dargestellt.

Schwerpunkt sowohl der Analyse als auch der verschiedenen Bildungsveranstaltungen war die Gewaltprävention. Es ging dabei auch darum herauszufinden, inwieweit diese an den Schulen angewandt wird und wo ihre Grenzen liegen. Neben dem Ansatz, ständig der Gewalt vorzubeugen, also kein ereignisbezogenes Katastrophenmanagement zu betreiben, steht der, die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen als gesellschaftlichen Problemindikator aufzufassen.

Reinhard Koch: Deeskalation von Jugendgewalt. Praktische Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/93, S. 16-23

In fünf Interpretationsrahmen, die jeweils einen Aspekt hervorheben, werden unterschiedliche Möglichkeiten zum Verstehen und zur Deeskalation der Jugendgewalt aufgezeigt. Die ersten beiden Rahmen zeigen die Bedeutung von Gewalt für die gegenwärtigen Jugendkulturen. Linke wie rechte Jugendliche erleben sich als miteinander verfeindete Kulturen, die der jeweils eigenen Bedrohung durch präventive Gewalt oder Vergeltung begegnen müssen.

Im dritten Rahmen geht es um Gründe für die Attraktivität des aktuellen Rechtsextremismus und um Voraussetzungen der Argumentation mit rechtsorientierten Jugendlichen. Im vierten und fünften Rahmen werden Ansätze zur Reintegration gewaltbereiter Jugendlicher vorgestellt, die im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt erprobt wurden.

Ulrich Piaszczyński: Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Baden-Württemberg. Ein sozialpädagogischer Ansatz zur Konfliktbearbeitung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/93, S. 24-31

Im Beitrag wird ein Modellprojekt Mobiler Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vorgestellt, das an einem sozialen Brennpunkt – der Parksiedlung Ostfildern bei Stuttgart – realisiert worden ist. Beschrieben wird die vorsichtige Kontaktaufnahme der beiden Projektmitarbeiter und die sich daran anschließende konkrete, einen Zeitraum von fünf Jahren umfassende Arbeit mit den Jugendlichen: Einzelfallhilfe, Entwicklung alternativer Freizeitangebote, sukzessive Stabilisierung der Gruppe, Gemeinwesenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit anderen sozialen Einrichtungen. Im Ergebnis des Projektes hat in der betroffenen Region die Jugenddelinquenz abgenommen, können einige der betreuten Jugendlichen, die zu Beginn des Projektes keine Perspektive hatten, als resozialisiert bezeichnet werden, sind andere bereit und motiviert, eine Ausbildung zu absolvieren oder die Bewährungsaufgaben durchzuhalten, werden nicht mehr so radikale politische Meinungen vertreten.